

Die "Völkswoche" erscheint wöchentlich 8 Mal und ist durch die Expedition, Neu Gravenstein, 8 Pf., und durch Postverkauf zu bezahlen. Preis vorderseitlicher Seite 2.50, pro Woche 20 Pf., Durch die Post bezogen 20 Pf. 2.50, frei ins Haus 20 Pf. 2.50, wo keine Post am Ort. Mit 2.50.

Telephone  
Redaktion 3141.

# Völkswoche

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Unterhaltungsredakteur für die einfache Volkskultur über dem Raum ab 10 Pf. Ausgabe unter 10 Pf. 10 Pf. Beiträge für Freizeitzeitung 10 Pf. Ausgabe 15 Pf. Vereins-Versammlungen-Karten 15 Pfennige. Anträge für die nächste Nummer müssen bis Samstag 9 Uhr in der Redaktion abgegeben werden.

Telephone  
Expedition 1206.

Nr. 30.

Breslau, Donnerstag, den 5. Februar 1914.

25. Jahrgang.

## Das frakte Reichsvereinsgesetz.

Das Reichsvereinsgesetz vom 1908 ist noch nicht sechs Jahre in Kraft. Aber diese Zeit hat reichlich ausgereicht, seine Verbesserungsbedürftigkeit erkennen zu lassen. Drei Resolutionen der Sozialdemokratie, der Polen und des Zentrums liegen dem Reichstage vor, die sämtlich Befürchtung der zutage getretenen Missstände durch Änderung des Gesetzes fordern.

Das Reichsvereinsgesetz ist bekanntlich eine Frucht des Blocks von 1906, ein Kind eines konservativen Vaters und einer freisinnigen Mutter. Als diese Ehe auszehnberging, tat Vater Heydebrand den "völkischen Ausspruch, man kann konservative Politik mit den Konservativen, aber liberale Politik mit den Liberalen treiben, das geht nicht". Herr v. Heydebrand hat es damals möglich unterlassen, von dem Fall zu sprechen, daß konservative Politik mit den Liberalen getrieben wird; denn das ist seit langer Zeit ausgezeichnet gegangen, es geht zum Teil auch heute noch, wenn auch nicht ganz so glatt und bedingungslos wie einst.

Ein Musterbeispiel solcher konservativer Politik mit liberaler Hilfe bildet nun gerade das Reichsvereinsgesetz. Die Liberalen machten ihren Wählern eine "liberale" Erziehungsschafft aus dem Blockreichstag noch Sause bringen und als solche war ihnen vom Fürsten Bismarck eine reichseinheitliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes versprochen worden unter Befürchtung aller polizeilichen Schikanen. Aber was ist zum Schluss daraus geworden? Gewiß, es wurde mit einer Menge alten polizeipolitisch-kirchlichen Unrats aufgeräumt, dafür aber wurden auf dem Wege des Reichsgesetzes eine Reihe von Bestimmungen festgelegt, die allem freiheitlichen Empfinden Hohn sprechen und der polizeilichen Willkür Tür und Tor öffnen.

Da ist der schlichte § 12, der vorschreibt, daß in öffentlichen Versammlungen die Verhandlungen in deutscher Sprache aufzuhören sind. Begleitet wurde diese Einschränkung aller Reichsdeutschen mit "nationalen" Rücksichten. "National" war der Blockreichstag ja bis zur Betriebslosigkeit. Aber wie so oft erwies sich der patentierte Nationalismus als weiter nichts denn als ein unfrüchtbares Mittel, die Nation vor aller Welt zu blamieren. Von dem Rebeverbrot gegen Faures bis zum Verbot des Amundsen-Vortrags und jüngst dem Verbot des Vortrags eines harmlosen dänischen Professors über die Algenplage, etwa einzige Kette von Gehschlägen und Blamagen. Man wollte die Polen, die Dänen, die Franzosen auf deutschem Reichsgebiet knebeln: man hat nur erreicht, daß die Vereinsleben intensiver, ihr Widerstand gegen die unmoralischen und lächerlich wirkungslosen Versuche der sogenannten Eindeutschung noch energischer wurde. Der § 12 des Vereinsgesetzes hat sich als total unbrauchbar und unsinnig erwiesen, er ist reif zum Abbruch.

Wird dieser unselige Paragraph in nationaler Sprache serviert, so wurde der nicht minder abschreckende § 17 liberal verdeckt. Die Haltung der Jugendlichen unter 18 Jahren von politischen Vereinen und Versammlungen, sollte angeblich keinen anderen Zweck haben als den, die unreife Jugend von allem partei-politischen Treiben fernzuhalten. Die Bestimmung richtete sich dem Wortlaut nach gegen alle politischen Bestrebungen, trug also keineswegs den Charakter eines Ausnahmegesetzes. Man müßte aber die Praxis der Verwaltungsbehörden, zumal der preußischen, nicht kennen, um nicht vorauszusehen, daß die immer mantere Kunst des Aus- und Unterlegens dieses als partizipative Bestimmung gebachten Paragraphen im Handumdrehen zu einem Ausnahmegesetz verwandeln würde. Mit Hochdruck setzte die Bewegung ein, die sich "nationale Jugendpflege" nennt, die aber richtig heißt müßte: Jugendabteilung des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Diese Bewegung wird ondauernd für "unpolitisch" erklärt, jeder Versuch aber, ihr entgegenzuwirken, gilt als "politisch", somit als verboten und strafbar. Jede persönliche oder organisatorische Beziehung nicht nur zur sozialdemokratischen Partei, auch zu freien Gewerkschaften, zu den allgemeinen Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft gilt als Beweis unguldiger politischer Bestrebungen.

Die natürliche Folge dieses Kreidens war, daß die Jugend erst recht in die politischen Kämpfe hineingerissen wurde. Man hat auch hier genau das Gegenteil von dem erreicht, was man angeblich bejewelt hatte. Das ist nun freilich an sich gerecht zu bedenken, denn es gibt ungünstigere und schädlichere Dinge, mit denen sich die Jugend beschäftigt, als die Politik. Durch Unterricht in Staatsbürgertum, Geschichte der neuenen Zeit und "nationale" Jugendpflege, erkennt der Staat selbst an, daß es gut ist, das Interesse der Jugend an öffentlichen Dingen fördert zu wollen. Aber daß die Arbeitersjugend einfach im Sinn und im Interesse der herrschenden Massen beeinflußt werden soll, das ist nicht gut, und die

Arbeitereltern haben das Recht und die Pflicht, sich dazu wehren.

Die bürgerlichen Parteien geben sich indes einer Illusion hin, wenn sie glauben, durch polizeilichen Zwang die Jugend des Proletariats in bürgerliches Fahrwasser drängen zu können. Die geistige Entwicklung der Arbeiterjugend wird durch kleinliche Schikanen nicht aufgehalten. Und wenn die Jugend jetzt eine neue Zeit des Sozialistengesetzes im Seelen durchzuschauen hat, so ist das sicher mit einer guten Schule für sie. Man will Untertanen züchten, man erreicht damit nur, daß die Rebellen nicht aussterben.

In engem Zusammenhang mit der Verfolgung der Jugend steht die lautshakartige Definition des "Politischen". Noch immer stehen die Maßgebenden auf dem Standpunkt, daß die Polizei in alles ihre Nase zu stecken hat, am tiefsten aber in das, was "politisch" ist. Was aber ist "politisch"? Während die Theoretiker darüber streiten und mit dem Streit nie zu Ende kommen, weil die Grenzen zu unbestimmt sind, entscheidet die Polizei. Was ist nicht politisch, das ist politisch.

Um besten wäre es, das Wort "politisch" aus dem Sprachgebrauch der Gesetzgebung ganz zu entfernen. Die sozialdemokratische Fraktion begnügt sich mit wenigem, wenn sie Beschränkung der für politische Vereine gegebenen Beschlüsse auf solche Vereine fordert, welche die Erörterung politischer Angelegenheiten in Versammlungen beabsichtigen. Dieses Vorgehen sollte dann aber auch für die bürgerlichen Parteien etwas Selbstverständliches sein.

Schon der erste Redner, der am Mittwoch im Reichstag zum Wort kam, der Vater v. Laszewski, konnte aus den Erfahrungen seiner Partei und seiner Heimat herdede Beispiele bringen für die willkürliche Ausweitung und Interpretation des Gesetzes. Das reiche Material, das in geschlossener Beweisführung nach ihm Genosse Legier aus der Verwaltungspraxis ansührte, bildete eine Anklagerede von eindrückender Wucht. Der Wirkung dieser mit präzisen Argumenten gestützten Darlegung vermodeten sich auch die bürgerlichen Parteien nicht zu entziehen, und unser Redner konnte vor einem außerordentlichen Hause die europäische Beschwerden der organisierten Arbeiterschaft vortragen und entwickeln. Er zeigte an der Hand zahlreicher Entscheidungen der Justiz und der Verwaltungsbehörden, wie in der Tat selbst die klarsten und einfachsten Gesetzesbestimmungen weitinterpretiert werden, wobei man in den Mitteln nicht gerade sehr wählisch ist. Das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten auch in diesen Fragen war ein besonders markantes Beispiel. Nach allem war die Forderung nach ausreichenden Garantien durch das Gesetz selbst in ihrer vollen Berechtigung erwiesen. Aber darüber hinaus zeigte der sozialdemokratische Redner, daß die Staatsgewalt durch solche willkürliche Auslegung, die als Rechtmäßigkeit wirken muß, ihr eigenes Ansehen untergräbt und ihren eigenen Untergang vorbereitet.

Doch die Schilderung der herrschenden Praxis durch unseren Redner auf die anderen Parteien ihren Eindruck nicht verfehlt hatte, bewies alsbald der Zentralist Marx, der sicherlich nicht gern das Unrecht zugab, daß der organisierte Arbeiterschaft Tag für Tag von einer willkürlichen Rechtsprechung überführt, und auch er mußte die Regierung vor den Folgen warnen, die eine solche Uebung im Volke hervorrufen muß.

Aber dieses Beweismaterial vermochte die Regierung nicht zu überzeugen. Ministerialdirektor Demold, dem die unangenehme Aufgabe übertragen war, die Ablehnung aller Abänderungsanträge zu rechtfertigen, brachte es fertig, trotz all der zahlreichen und berechneten Fälle, die angeführt worden waren, die Rechtsprechung und die Verwaltung in Schutz zu nehmen. Er behauptete sogar mit dem Schein der Schriftsäigkeit, daß die Ausführungsbestimmungen von dem Wunsch der Sozialität getragen seien, fern von allem Geist der Schikanen, und er mache sich im einzelnen Argumente zu eigen, die sonst nur der reaktionäre Agitator für gut genug hält.

Der Konservative von Welt und der Reichspartei-Mann waren damit natürlich sehr einverstanden.

Die willkürliche Antwort wird der Regierung am Donnerstag zuteilen werden.

## Politische Übersicht.

Das abgelehnte Feierjahr zwischen Deutschland und England.

Am Mittwoch kam in der Budgetkommission des Reichstages der Marineamt zur Beratung. Diese setzte ein mit Ausführungen des Staatssekretärs v. Tirpitz über das im Vorjahr ausführlich erörterte Haftungsabkommen zwischen England und Deutschland von 16:10, das er noch in demselben Sinne beurteilte, impon den Gedanken des Feierjahres, der ihm Industrietafel erscheine. Staatssekretär v. Jagow ergänzte die Ausführungen darin, daß eine Weiterung der Beziehungen zwischen England und Deutschland zu verzögern, und

der Verlehr der Kabinette vertrauensvoll und lohal sei. Der Vorschlag eines Flottengesetzes sei nur inoffiziell gemacht worden und habe nirgends ernsthafte Beachtung gefunden. Zentrum und Fortschrittspartei ließen das Marineamt ihres Vertrauens verschären und lehnten das "Feierjahr" als un durchführbar ab. Genosse Noske erklärte, daß auch die Sozialdemokratie die Schwierigkeiten der Durchführung eines "Feierjahres" nicht verkenne, schon weil die Flottengesellschaft um ihrer hohen Profite willen beständig zum Weitertriften antreibe, aber als Utopie lasse sich der Vorschlag nicht abtun, und es sei bedauerlich, daß die nichtsozialdemokratische Presse den Vorschlag ohne jede sachliche Prüfung brutal zurückgewiesen habe. Die Marineverwaltung siehe zwar vorläufig noch auf dem Boden des geltenden Flottengesetzes, ein einziger Fortschritt jedoch — zum Beispiel in der Frage der Defension — könne einen völligen Umsturz im Flottenprogramm herbeiführen. Wenn sich das Verhältnis zu England erfreulich verbessert habe, sei der Zeitpunkt nahe, daß die Diplomatie mit einer Verständigung über die Herabsetzung der Flottengesetze beginne. Abgeordneter Giesecker griff diesen Gedanken auf, um zu konstatieren, daß die Rüstungsidee im allgemeinen große Fortschritte in der Deutlichkeit gemacht habe. Gleichwohl meinte er, daß einem Feierjahr die betreffenden Interessen der großen Werften im Wege ständen. Mit der Auffassung, daß die Entspannung der zwischen England und Deutschland vorhanden gewesenen feindlichen Stimmung der starken deutschen Flotte zu danken sei, erinnerte er sich die Zustimmung des Staatssekretärs v. Tirpitz, der sich zu der Behauptung versteig, daß Deutschland ohne seine Flotte zu einem Vassalaat herabgesunken wäre. Abgeordneter Bassemann (nat.) blieb in dasselbe Horn, indem er einerseits die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen begrüßte, andererseits aber zum Misstrauen riet, daß ein Festhalten an "unserer bewährten Flottenpolitik" rechtserlige. Mit guten Argumenten ging Genosse Ledebour dieser Politik zu Leibe. Habe die starke Flotte zur Entspannung der Situation beigetragen, so dürfe doch vor allem nicht vergessen werden, daß die Spannung selbst erst durch unsere Flottenpolitik geschaffen worden sei. Seinen Versuchen, von der Regierung höhere Angaben über die Gestaltung des deutsch-englischen Verhältnisses zu erhalten, setzte die britischen Widerstand entgegen, indem sie seine Aufforderungen ebenso unbestimmt ließ, wie die Fragen, die Genosse Noske ihr gestellt hatte. Die Beratung wird Donnerstag fortgesetzt.

## Wer erhält den Staat?

Einen hübschen Erfolg hat die Einschaltung zum Wehrbeitrag in Frankfurt a. M. erzielt. Nach den bisherigen Einschätzungen beträgt das Vermögen der Einwohner dieser Stadt über drei Milliarden Mark. Ist das schon an sich interessant, so wird der Preis dieser Feststellungen noch dadurch erhöht, daß infolge des Generalpardons 300 Millionen Mark Vermögen mehr an 3 Tagen gekommen sind als bisher. Allein bei der Vermögenssteuer haben also die schwerreichen Frankfurter 800 Millionen vor dem Steuermessanger zu verstecken gewußt. Der Rückfluß auf ihre Hinterziehung bei der Einkommensteuer ist gegeben, und die Agrarier haben durchaus recht, wenn sie darauf hinweisen, daß nicht sie allein es sind, die den Staat bemogeln. Nur daß natürlich ihre Schiedungen dadurch nicht weniger bedenklich werden, daß die industriellen und kommerziellen Kapitalisten es ebenso machen wie sie.

Die Arbeiter aber sind mit ihrem lämmlichen Einkommen bis zum letzten Pfennig zu den Steuern herangezogen worden und durch die bekannte Novelle zum Einkommensteuergesetz hat man ja sogar die Arbeitgeber mit in den Dienst der Schnüffelei nach den steuerpflichtigen Groschen der Proletarier gestellt.

## Gegen die Arbeitslosigkeit in Berlin.

Die Morgenblätter berichten aus Berlin: Der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberatung des sozialdemokratischen Antrages über die Bewilligung von 500.000 Mark zur Unterstützung der Berliner Arbeitslosen hat unter Ablehnung dieses Antrages abgestimmt.

Die Stadtverordneten-Versammlung wollte befürworten, den Magistrat zu ermächtigen, 300.000 Mark zu verwenden zur Gewährung von unvergänglichen Darlehen an Personen, die infolge wirtschaftlichen Niederganges vorübergehend in Not geraten sind.

Voraussetzung der Bewilligung von Darlehen ist einjähriger Aufenthalt in Berlin. In der Regel sollen nur Betriebsarbeiter und solche andere Personen unterstützt werden, welche eine Familie zu unterstützen haben und fortwährende Vermögensverhinderung nachzuweisen. Der Magistrat soll weiter erlaubt werden, die Beauftragung der städtischen Wiedergänger zu beauftragen, Arbeitslose gegen ordentlichen Lohn in wirtschaftlich erwerbstümlicher Umfang zu beschäftigen und ihrer die nötige Güter-Versorgung zu gewährleisten, einen Organisationsfonds in Bezug auf Kolonisation städtischer Gebäuden vorzubereiten.

Man hat also, um gegen die unzulässige Not zu tun, wenigstens eine lose Unterstützungsform gefunden.





# Inventur-Verkauf

## Angebote aus den Abteilungen für Kleider- u. Blusenstoffe

1 Post. Kostümstoffe  
130 cm breit, englisch  
Geschmack, regulär bis  
5.— Mk., jetzt Meter

1 Post. Kostümstoffe  
reine Wolle, hochmod.  
Karos, 130 cm br., reg.  
bis 7.50 Mk., jetzt Meter

1 Post. Kleiderstoffe  
reine Wolle, 110 cm  
breit, früh. Met. 4.50 Mk.  
jetzt Meter

Eollenne  
110 cm breit, in allen  
Farben  
jetzt Meter

1 Posten reinw. Blusenstoffe  
regulärer Wert bis  
2.50 Mk.  
jetzt Meter

1 Post. Kostümstoffe  
130 cm breit, englisch  
Geschmack, regulär bis  
5.— Mk., jetzt Meter

1 Post. Kostümstoffe  
reine Wolle, hochmod.  
Karos, 130 cm br., reg.  
bis 7.50 Mk., jetzt Meter

1 Post. Kleiderstoffe  
reine Wolle, 110 cm  
breit, früh. Met. 4.50 Mk.  
jetzt Meter

Eollenne  
110 cm breit, in allen  
Farben  
jetzt Meter

1 Posten reinw. Blusenstoffe  
regulärer Wert bis  
2.50 Mk.  
jetzt Meter

Günstige Gelegenheit  
zum Einkauf von

**schwarzen und weissen Kleiderstoffen zur Einsegnung.**

**Wollstoff-Reste**

Baumwollene Mousseline  
jetzt Meter **40 Pt.**

Serie  
Meter  
**0.95 1.25 1.65** Mk.  
**Wollene Mousseline**  
jetzt Meter **60 Pt.**

**Wollene Blusenstoff-Reste**  
Serie  
Meter  
**0.85 1.25 1.75 2.10** Mk.  
**Stickereistoffe**  
120 cm breit  
früher **2.75 4.00 4.75 5.50**  
jetzt **1.50 2.20 3.00 3.85** Mk.

**Waschstoff-Reste**

Zephyr, Batist, Serie  
Katen usw. Meter **35 50 70 Pt.**

**Blusen und Kostümröcke spottbillig.**

Kassarabatt auf alle Waren 10% =

**J. Mamlor,** Kupferschmiede-  
strasse 42.

14070

**Stadt-Theater.** Schauspielhaus

(Operettenbühne.)

Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
(Gemeinsige Vorstellung).  
"Gesangens Erzählungen."

Heute, Donnerstag 9 Uhr: 13574

Freitag 7 1/2 Uhr:  
(Gemeinsige Vorstellung).

"Der

und Zimmermann."

Sonnabend, 7 1/2 Uhr: 13903

"Die"

Die Ausgabe der vorbestellten Eintrittskarten für die Aufführung von "Doktor" am 14. Februar 1914 findet am Samstagabend, den 7. und Sonntag, den 8. Februar, vermittags von 10 bis 2 Uhr, (Sonntag 11—2 Uhr) an der Ziegelseite des Stadttheaters statt. Den Abonnenten bleiben ihre Plätze gegen Nachzahlung der Differenz zwischen dem Kassenpreis und dem erhöhten Preis, ebenso wie Sonntag 2 Uhr reserviert. Neben nicht abgeschlossenen Eintrittskarten, ebenso Abonnements, wobei von Dienstag ab ebenfalls verfügt.

**Lobe-Theater.**

Donnerstag 7 1/2 Uhr:

"Pygmalion."

Freitag 7 Uhr:

"Maria Stuart."

Sonnabend 7 1/2 Uhr: 13911

"Der ungetreue Edelhart."

**Thalia-Theater.** Masken-

Kostüme

Donnerstag: Humboldt-Verein.

5. Abonnement-Vorstellung:

"Madame Bonapart."

Sonntag 7 1/2 Uhr:

"Der Diel."

**Lieblich's Etablissement.**

Täglich abends 8 Uhr!

Das brillante Februar-Programm.

u. a. 13840

**Auto gegen Expresszug!**

Bernhardt Münchow:

Sonntag, 8. Februar, 4 Uhr:

Nachmittags-Vorstellung.

**Viktoria-Theater.**

"Die Schiffbrüchigen".

Auf Wochentag, 8 U., Sonntags 8 U.

Nächste Nach.-Vorstellung

Sonntag, den 8. Februar.

Bonus wochentags gültig.

**Der Anarchist.**

Novellen von Gottschalk

20 Pf., früher 1 Mk.

Zu bestellen durch die Expedition

**Oilhelmsburg**

Orchester-Verein

Montag, den 9. Februar,  
abends 8 Uhr,  
im grossen Saale des Schleswigerwerders.

**I. Volks-Konzert**

Leitung: Hermann Behr.

Orchester: ca. 50 Musiker.

Programme, als Eintrittskarten gültig  
für alle Plätze im Saal u. auf Galerie

à 30 Pfg.

und im Verkehrsbauwesen,

im Rathaus (Botenmeisterei), im

Schleswigerwerder, sowie in den durch

Plakate als Verkaufsstellen bekanntlich  
gemachten Zierarrangements

und an der Abendkasse erhältlich.

Die Plakate ergeben auch Näheres

über Saison und Programm. (13785)

**Verkauf geht.** Möbel, Tische, Stühle, Sessel, Sofas, Tisch, Gläser, ganze Stuben-Einrichtung, v. 80. 50. 70. 90. 110. 130. 150. 170. 190. 210. 230. 250. 270. 290. 310. 330. 350. 370. 390. 410. 430. 450. 470. 490. 510. 530. 550. 570. 590. 610. 630. 650. 670. 690. 710. 730. 750. 770. 790. 810. 830. 850. 870. 890. 910. 930. 950. 970. 990. 1010. 1030. 1050. 1070. 1090. 1110. 1130. 1150. 1170. 1190. 1210. 1230. 1250. 1270. 1290. 1310. 1330. 1350. 1370. 1390. 1410. 1430. 1450. 1470. 1490. 1510. 1530. 1550. 1570. 1590. 1610. 1630. 1650. 1670. 1690. 1710. 1730. 1750. 1770. 1790. 1810. 1830. 1850. 1870. 1890. 1910. 1930. 1950. 1970. 1990. 2010. 2030. 2050. 2070. 2090. 2110. 2130. 2150. 2170. 2190. 2210. 2230. 2250. 2270. 2290. 2310. 2330. 2350. 2370. 2390. 2410. 2430. 2450. 2470. 2490. 2510. 2530. 2550. 2570. 2590. 2610. 2630. 2650. 2670. 2690. 2710. 2730. 2750. 2770. 2790. 2810. 2830. 2850. 2870. 2890. 2910. 2930. 2950. 2970. 2990. 3010. 3030. 3050. 3070. 3090. 3110. 3130. 3150. 3170. 3190. 3210. 3230. 3250. 3270. 3290. 3310. 3330. 3350. 3370. 3390. 3410. 3430. 3450. 3470. 3490. 3510. 3530. 3550. 3570. 3590. 3610. 3630. 3650. 3670. 3690. 3710. 3730. 3750. 3770. 3790. 3810. 3830. 3850. 3870. 3890. 3910. 3930. 3950. 3970. 3990. 4010. 4030. 4050. 4070. 4090. 4110. 4130. 4150. 4170. 4190. 4210. 4230. 4250. 4270. 4290. 4310. 4330. 4350. 4370. 4390. 4410. 4430. 4450. 4470. 4490. 4510. 4530. 4550. 4570. 4590. 4610. 4630. 4650. 4670. 4690. 4710. 4730. 4750. 4770. 4790. 4810. 4830. 4850. 4870. 4890. 4910. 4930. 4950. 4970. 4990. 5010. 5030. 5050. 5070. 5090. 5110. 5130. 5150. 5170. 5190. 5210. 5230. 5250. 5270. 5290. 5310. 5330. 5350. 5370. 5390. 5410. 5430. 5450. 5470. 5490. 5510. 5530. 5550. 5570. 5590. 5610. 5630. 5650. 5670. 5690. 5710. 5730. 5750. 5770. 5790. 5810. 5830. 5850. 5870. 5890. 5910. 5930. 5950. 5970. 5990. 6010. 6030. 6050. 6070. 6090. 6110. 6130. 6150. 6170. 6190. 6210. 6230. 6250. 6270. 6290. 6310. 6330. 6350. 6370. 6390. 6410. 6430. 6450. 6470. 6490. 6510. 6530. 6550. 6570. 6590. 6610. 6630. 6650. 6670. 6690. 6710. 6730. 6750. 6770. 6790. 6810. 6830. 6850. 6870. 6890. 6910. 6930. 6950. 6970. 6990. 7010. 7030. 7050. 7070. 7090. 7110. 7130. 7150. 7170. 7190. 7210. 7230. 7250. 7270. 7290. 7310. 7330. 7350. 7370. 7390. 7410. 7430. 7450. 7470. 7490. 7510. 7530. 7550. 7570. 7590. 7610. 7630. 7650. 7670. 7690. 7710. 7730. 7750. 7770. 7790. 7810. 7830. 7850. 7870. 7890. 7910. 7930. 7950. 7970. 7990. 8010. 8030. 8050. 8070. 8090. 8110. 8130. 8150. 8170. 8190. 8210. 8230. 8250. 8270. 8290. 8310. 8330. 8350. 8370. 8390. 8410. 8430. 8450. 8470. 8490. 8510. 8530. 8550. 8570. 8590. 8610. 8630. 8650. 8670. 8690. 8710. 8730. 8750. 8770. 8790. 8810. 8830. 8850. 8870. 8890. 8910. 8930. 8950. 8970. 8990. 9010. 9030. 9050. 9070. 9090. 9110. 9130. 9150. 9170. 9190. 9210. 9230. 9250. 9270. 9290. 9310. 9330. 9350. 9370. 9390. 9410. 9430. 9450. 9470. 9490. 9510. 9530. 9550. 9570. 9590. 9610. 9630. 9650. 9670. 9690. 9710. 9730. 9750. 9770. 9790. 9810. 9830. 9850. 9870. 9890. 9910. 9930. 9950. 9970. 9990. 10010. 10030. 10050. 10070. 10090. 10110. 10130. 10150. 10170. 10190. 10210. 10230. 10250. 10270. 10290. 10310. 10330. 10350. 10370. 10390. 10410. 10430. 10450. 10470. 10490. 10510. 10530. 10550. 10570. 10590. 10610. 10630. 10650. 10670. 10690. 10710. 10730. 10750. 10770. 10790. 10810. 10830. 10850. 10870. 10890. 10910. 10930. 10950. 10970. 10990. 11010. 11030. 11050. 11070. 11090. 11110. 11130. 11150. 11170. 11190. 11210. 11230. 11250. 11270. 11290. 11310. 11330. 11350. 11370. 11390. 11410. 11430. 11450. 11470. 11490. 11510. 11530. 11550. 11570. 11590. 11610. 11630. 11650. 11670. 11690. 11

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. Februar.

Wo treffen wir uns Sonntag zur "Volkswacht"-Aktion?

Die arbeitsfreudigen Genossinnen und Genossen, die sich Sonntag an dieser wichtigen Parteiarbeit beteiligen, treffen sich von morgen 8 Uhr an in den nachstehend verzeichneten Distriktslokalen:

Gablenz,	District 1, Friedrichstraße 50a,
Großschenker Vorstadt,	" 2, Brandenburgerstr. 16,
"	" 3, Gewalstrasse 12,
"	" 3a, Siebenhäuserstr. 19,
"	" 4, Striegauerplatz 11,
"	" 6, Schulenwiese 14,
Oderlor,	" 7, Steinauerstraße 12a,
"	" 8, Mengallee 52/54,
Oderlor,	District 9, Michaelisstraße 14,
Sandtor,	" 9a, Kietzlastrasse 8,
"	" 10, Oelsnerstraße 8,
Ehrenberg-Vorstadt,	" 11, Michaelisstraße 26,
"	" 12, Gellertstraße 21,
Osthauer Tor,	" 13, Hirschstraße 88,
"	" 14, Königgräßerstr. 10,
"	" 15, Gewerbeschule Haus,
Strehlener Tor, District 16, Lehmannstraße 66,	" 16a, Voßauerstraße 70,
Schneidauer Tor,	" 17a, Neubörsstrasse 39,
Innere Stadt, östl.	" 18, Rehberga 7,
" westl.	" 19, Kupferschmiedestr. 89,
Land-Dist.	" 20, Böselwihstrasse 23,
Gräbchen,	" 21, Großschenkerstr. 259/263,
Herbals-Dürrgoy,	" 22, Schönstraße 17.

Parteigenossen und -Genossinnen! Die Zeit zur "Volkswacht"-Aktion ist günstiger als je. Die Freude des arbeitenden Volkes sind verzweifelt bemüht, alles niederzuküppeln, was eine Organisation der großen Massen bedeutet; nur diese noch mehr als gegenwärtig auszuplündern. Da soll und darf kein Gewerkschalter und Parteigenosse müßig sein. Nur die "Volkswacht" steht dem kämpfenden Arbeiter und Angestellten allezeitig mutig und unerschrocken bei; nur die "Volkswacht" mußte darum auch in den Wohnungen der Arbeiter und Angestellten zu finden sein. Hinaus mit den bürgerlichen Sitzungen, die nur den Unternehmern zu Diensten stehen und das Volk gar schmälerlich im Stiche lassen.

## Ausbau des städtischen Arbeitsnachweises.

Der städtische Arbeitsnachweis in Breslau, der jetzt 20 Jahre besteht, ist durchaus überständig; er hat sich in der langen Zeit so gut wie garnicht entwidmet, und ist noch heut in den mangelhaften Räumen auf der Breitestraße untergebracht. Der Magistrat schlägt deshalb vor, bei der Verwaltung des städtischen Arbeitsnachweises 5000 Mark für einen Verwalter neu einzustellen und weitere 5400 Mark für Bureaus und Warteräume. Die Begründung des Magistratsantrages an die Stadtverordneten-Versammlung lautet:

Der städtische Arbeitsnachweis, Breitestraße 35, ist gegen die gleichen Nachweise anderer Großstädte in räumlicher Hinsicht vollständig unzureichend.

In Breslau wurden bisher im städtischen Arbeitsnachweise fast ausschließlich ungelehrte Arbeiter vermerkt, während die gelehrten Arbeiter die Nachweise der Innungen und anderer Verbände aufsuchten.

Wir wollen unseren Nachweis nach dem Vorbilde anderer Großstädte zu einem allgemeinen Arbeitsnachweis ausbauen, in dem sowohl für gelehrte als auch für ungelehrte Arbeiter Stellen vermerkt werden. Hierzu wurde auch für die Verhöhlung des neuen Nachweises nach ein Mann geworden werden, der bereits durch seinesgleichen Erfahrungen und geschäftliche Gewandtheit auf diesem Gebiete gewonnen hat, der auch durch seine ganze Persönlichkeit geeignet ist, auf die Partei einzutreten, mit Behörden und Verbänden zu verhandeln und besonders auch in dem in Gründung begriffenen Schlesischen Arbeitsschweiss-Verbande für die Stadt Breslau zu wirken. Es wird mit der Anstellung eines kleinen, vielleicht eines akademisch gebildeten Mannes und damit gerechnet werden müssen, daß das ihm zu bewältigende Jahresgehalt nicht oder nicht viel unter 5000 Mark wird zu verhöhnen sein.

Der Arbeitsnachweis in seiner Neugestaltung erfordert aber auch umfangreichere, möglichst an der Grenze der inneren Stadt gelegene Räume; die Räume des jetzigen Nachweises sind düstig und unzureichend. Es fehlen darin ausreichende Warteräume, sodass die männlichen Arbeitssuchenden vor dem Nachweise zeitweise zu hunderten auf der Straße herumsitzen, was sowohl das vorliegende Publikum belästigt, als auch schon zu wiederholten Maleen der dort wohnenden Geschäftsläden gestört hat.

Wir brauchen Räume umgesetzt mit folgenden Abmessungen und etwa folgender Einteilung:

a) für die Männer im Erdgeschosse: 1. Warter Raum für ungelehrte Arbeiter etwa 300 Quadratmeter; 2. Warter Raum für gelehrte Arbeiter etwa 80 Quadratmeter; 3. Schalter Raum für die Abfertigung etwa 80 Quadratmeter, zusammen 460 Quadratmeter.

b) für die Frauen im Erdgeschosse oder im 1. Stock: 1. Warter Raum für Stellensuchende etwa 60 Quadratmeter; 2. Warter Raum für Weibesleger etwa 20 Quadratmeter; 3. Schalter Raum für die Abfertigung etwa 20 Quadratmeter, zusammen 50 Quadratmeter.

c) ein kleiner Erhaltungsraum von 30 Quadratmeter. — In ganzen ungefähr 600 Quadratmeter.

Trotz unserer Bemühungen ist es uns leider bis jetzt nicht gelungen, solche geeignete Räume in der angegebenen Lage zu einem angemessenen Preis zu finden.

Wir hoffen jedoch, sie in den nächsten Monaten beschaffen zu können und glauben, mit einem Mietzins bis zu 6000 Mark rechnen zu müssen, sodass wir außer den im Plate bisher ausgeworfenen 600 Mark weiteres 5400 Mark benötigen.

Der städtische Arbeitsnachweis bedarf in der Tat dringend eines umfassenden Ausbaues. Die Arbeitslosen beklagen sich schon seit Jahren über die zahlreichen Missstände; sie werden dem Magistrat dankbar sein, wenn er den Arbeitsnachweis endlich so einrichtet, wie es sein muss und in anderen großen Städten schon längst besteht.

## Verzicht den Zahlabend nicht!

Unsere monatlichen Distrikts-Versammlungen (Zahlabende) werden Montag, den 9. Februar, abends 8 Uhr, in den bekannten Distriktslokalen abgehalten. Die Parteimitglieder werden in diesen Versammlungen Mitteilungen erhalten über die rote Woche (8. bis 16. März). Ebenso werden in jedem Zahlabend belehrende Vorträge gehalten werden. Volljähriges Erscheinen ist deshalb dringend nötig.

Der Vorstand  
des sozialdemokratischen Vereins Breslau.

## Wie Arzte kämpfen!

Sehen Sie zu, daß Sie bis dahin nicht verkrüppeln.

Von den zahlreichen Fällen rigoroser Abweisung und vorzeitiger Abschlebung von Kassenkranken aus dem Allerheiligsten-Hospital, die wir in Zukunft stets zur öffentlichen Kenntnis bringen werden, führen wir heute nur folgenden an:

Der Kreiskrankenfonds für Kaufleute und Apotheker wurde von Herrn Dr. Stepper mitgeteilt, daß Frau Anna Patschuck, Hubenstraße 100 wohnt, wegen Rheumatismus und Br. Gordis der sofortigen Aufnahme ins Krankenhaus zu fordern. Frau Patschuck hat sich inselgedessen einen Aufnahmekchein für die Universitätsklinik ausstellen lassen, und als sie mit diesem in der Klinik erschienen war, hat man ihr dort ausführlich gesagt, daß sie in ihrer Klinik nicht möglich.

Gez.: Dr. Wels.  
Frau Patschuck ist infolge dieser Zurückweisung bei Herrn Dr. Stepper wieder erschienen und als dieser die Kassenhausaufnahme für unbedingt notwendig bezeichnete, ließ sich Frau P. den Aufnahmekchein für das Allerheiligste-Hospital aussstellen. Dienstag früh erhielt Frau Patschuck im Kassenkabinett und erklärte mir, man hätte sie im Allerheiligsten-Hospital von dem aufnehmenden Arzt erzählt:

So lange Sie Ihre Kleider tragen, müssen Sie schon bei Ihrem behandelnden Kassenarzt bleiben. Sie werden dann aber froh sein können, daß Sie nicht vollständig verkrüppeln! Bei uns werden Sie nicht aufgenommen!

Auf dem Verpflichtungsschein wurde nur von dem aufnehmenden Arzt vermerkt: "Kleid." Welche Bedeutung dieses Wort haben soll, ist nicht recht verständlich. Auf Fragen erklärte mir Herrs. Patschuck, daß sie auch jetzt noch die Aufnahme in ein Krankenhaus nachsuchen würde, daß sie aber fürchtete, unmöglich hin und hergeschleppt zu werden, und bat deshalb um eine Überweisung an Herrn Dr. Suseghans. Frau Patschuck ist 52 Jahre alt und stand bereits seit dem 11. Oktober 1913 in ähnlichen Handlung des früheren Kassenarztes Dr. Bläser.

Weitere Fälle von rigorosem Verfahren der alten Ärzte zu veröffentlichen behalten wir uns vor, bis sich dazu die unabsehbare Notwendigkeit ergibt. Die Einsender solcher Beschwerden mit Mitteilungen bitten wir, mit diesem Verzicht noch zu beginnen, damit die Sachlage nicht ohne Not verschärft wird.

Kropfkrankheit  
in einer städtischen Erziehungsanstalt.

In der Wilserschen und Kaiser-Wilhelm-Stiftung in Herrnprotzsch, wo etwa hundert Jungen und Mädchen erzogen werden, herrscht seit Anfang 1913 eine Kropfkrankheit, die den größten Teil der Jünglinge ergriffen hat. Zur Bekämpfung dieser Krankheit verlangt jetzt der Magistrat vor den Stadtverordneten-Versammlung 30.000 Mark.

Ein Ärztekonsilium, das zusammengetreten war, um über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Krankheit zu beraten, hat sich, so schreibt der Magistrat unter anderem in der Begründung seines Antrages, "für die Schlachtung der Anstalt entschieden, da die medizinische Wissenschaft den Krankheitszettel noch nicht kennt und nur durch die Schlachtung der Anstalt der Krankheitszettel vollständig beseitigt würde. Wie halten daher zunächst beschlossen, die Anstalt gänzlich aufzulösen.

In der Folgezeit aber, während wir mit anderen Waisenhäusern und Kindergartenheimen in Verhandlungen wegen der Unterbringung der in der Wilserschen Stiftung befindlichen Kinder getreten waren, wobei wir fast allen Institutionen auf die größten Schwierigkeiten stießen, zeigte es sich, daß nicht nur ein Stiftstand in der Endemie, sondern auch eine erhebliche Versetzung beinahe aller an Kropf erkrankten Kinder einzutreten war. Wir haben deshalb jetzt beschlossen, die Anstalt vorläufig nicht zu räumen, sondern abzuwarten, ob die von uns getroffenen sanitären Maßnahmen vielleicht zu einem vollen Erfolge der Endemie führen würden.

## Straßenpflasterungen im Jahre 1915.

Nachdem wir dieser Tage mitgeteilt haben, welche Straßen im laufenden Jahre neu gepflastert werden sollen, sei heute berichtet, daß der Magistrat beabsichtigt, im nächsten Jahre folgende Straßen neu zu pflastern:

im Ostbezirk:

1. Kreuzung Scheitniger-, Gertruden-, Kleine Fürsten-, Tiergartenstraße,
2. Filetenstraße von Auenstraße bis Fliesenbrücke.

Im Westbezirk:

1. Promnitzstraße zwischen Kräftele- und Böselwihstraße,
2. Germannstraße zwischen Kleinfleck- und Einbaumstraße,
3. Gräbchenstraße zwischen Hoch- und Kopischstraße,
4. Matthiasstraße zwischen dem alten Steuerhause und der Kanalbrücke,
5. Kleinfleckstraße zwischen Drabigius- und Trebnicherstraße.

\* In der Nähe- und Pflegekasse des Armenpflegerinnen-Vereins, Friedrich-Wilhelmstraße 101, 2. Etage, sind mehrere Näherrinnen befreit (ältere oder schwächliche Frauen), die dort eine geregelte Tätigkeit haben, falls genügend Aufträge eingingen. Der Armenpflegerinnenverein bittet deshalb, daß gute Werk zu unterstützen und der Näh- und Fleißkasse Aufträge zuzuwenden. Es werden dort alle Sorten Wäsche ausgeführt und neue Wäsche angefertigt, ebenso Damen- und Herren-Kleidung ausgestellt, Steppdecken aufgearbeitet, Wäschekästen aufgarniert usw. Alle Aufträge werden unter sachverständiger Leitung gearbeitet und preiswert ausgeführt. Auswärtige Sendungen werden ebenfalls bald erledigt. An die Nähkasse ist eine Waschabteilung angeschlossen, in der Wäsche aller Art ohne Anwendung charakteristischer Mittel sorgfältig und billig gereinigt wird. Wäschekästen zum Abholen und Bringen sind vorhanden.

## Vollsvorstellungen des Bildungsausschusses.

Die nächste Vollsvorstellung ist den Bildungsausschuss findet am nächsten Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 3½ Uhr, im Victoria-Theater (Neue Taubenstraße, früher Elmenauer) statt und zwar gelangt die gestern in unserer Zeitung besprochene Vorstellung des Schauspiels "Die Schiffbrüchigen", das überall einen so gewaltigen Eindruck hinterlassen hat, zur Aufführung. Die Preise der Plätze sind 25 Pf., 40 Pf., 75 Pf., 1 Mark und 1,25 Mark. Billets sind im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Nummer Nr. 26, von heute Donnerstag an zu haben.

Im Großen-Theater findet am Sonntag, den 22. Februar, eine Vorstellung des großen Goetheschen Dramas "Faust" statt. Nähere Bekanntmachungen folgen.

## Die Armen- und Waisenpfleger

aus dem Arbeiterlande hielten am Mittwoch eine Versammlung ab, in der die Armenpflege nach dem städtischen Haushaltssplan für 1914 besprochen wurde. Den einleitenden Vortrag hatte Redakteur Neulrich übernommen. Er gab den Armenpfleger eine gedrängte Übersicht der Einnahmen und Ausgaben, die unsere weitverstreute Armen- und Waisenpflege nötig machen, sprach sowie kurz über den Wirtschaftsstand der einzelnen Verwaltungen und das Eingreifen der Armenpfleger. Am ganzen sind es teils 1½ Millionen Mark, die unsere Armen-, Kranken- und Waisenpflege als städtische Zusatzförderung erfordert. Besonders herhervorheben sind 12.000 Mark für die Altersgeherziehung Minderjähriger, 15.000 Mark für unbemittelte Jungentfernte, 10.000 Mark für das Unterbringen gesunder Kinder Jungentfernter Eltern, 10.000 Mark Gehilfe für schulklasse Kinder und Mädchen, die ein Gewerbe erlernen. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen.

In der regen Aussprache bestätigte man auch, daß der Armenausschuss das nötige Geld für einen Kindergarten abgelehnt hat und erwartet von der Stadtverordneten-Versammlung, sie werde für Waisen sorgen. In den Plänen für das Breslauer Armenverein werden die Waisen-Armenkolonien erachtet, den Inhalt dieser Pläne, besonders der amtlichen Anordnungen, in der nächsten Kommissionssitzung vorzutragen und zu besprechen. Das geschieht selber in vielen Sitzungen seit Jahren nicht.

Bei Stillbeihilfen, so wurde von anderer Seite betont, glauben manche Bezirksvorsteher, es müßten Armenzahlen eingeholt werden. Das ist jedoch garnicht nötig. Stillbeihilfen werden nicht nur den Altersempfängern bewilligt, nein, auch den Ehefrauen solcher Männer, die in Arbeit stehen. Stillbeihilfen sind keine Armen-Unterstützungen; die Männer, deren Frauen sie erhalten, berüten dadurch nicht das Wahlrecht.

Aus einem Bericht der Nikolaivorstadt wurde berichtet, wenn Unterstützungsversuche damit begründet werden, daß von der Familie eine Frau oder ein Mädchen im Kindergarten oder im Kindergarten arbeitet, so hätten sie leicht den erwünschten Erfolg. Das ist sehr bedenklich für die Bühne, die bei dem Bühnenspielzeugen werden die Waisenempfänger bewilligt, nicht auch die Ehefrauen solcher Männer, die in Arbeit stehen. Stillbeihilfen sind keine Armen-Unterstützungen; die Männer, deren Frauen sie erhalten, berüten dadurch nicht das Wahlrecht.

Auch in Arbeiterkreisen hört man hin und wieder die Rede: "Was soll ich Armenpfleger werden; ich habe abends keine Zeit." Das setzen halbtolle Ausreden. Gerade die Armenpflege bietet dem Arbeiter reichliche Gelegenheit, seine Kenntnisse und Erfahrungen zum Wohle des Armen und der Gemeinde auszuüben. Es kann nur wiederholt ausgesagt werden: "Arbeiter meldet Euch als Armenpfleger!" Wer bereit ist, als Arbeiter oder Waisenpfleger zu wirken, der melde das schriftlich oder mundlich im Parteisekretariat für Breslau-Stadt im Gewerkschaftshaus.

Neulich gab noch einige Worte über die Unterstützung schulklasse Kinder, die Konfirmanden-Meldung, Verabschiedung, Kinderferienkolonien und die Badeluren. Gesucht um Aufnahme kranker und schwächlicher Kinder in Heilstätten und Kinderferienkolonien, ebenso die um Badeluren für Altersempfänger müssen schon im Februar eingerichtet werden. — In der Versammlung, die besser besucht sein konnte, nahmen auch einige Frauen teil.

\* Bildungsbestrebungen der Breslauer Arbeiterschaft. Von 21. Januar bis 1. Februar veranstalteten mehrere Breslauer Gewerkschaften eine Reihe von Bildungs-Vorlesungen für Kinder und Erwachsene. Als Redner war Herr Dr. Meenken aus Moritzburg bei Dresden gewonnen. Es darf wohl ohne Uebertreibung gesagt werden, daß alle Besucher von den Darbietungen angenehm überwältigt waren. Herr Meenken verstand es ausgezeichnet, die Zuhörer zu fesseln. Es kam aufmerksam lauschende überaus zahlreiche Erwachsene, die lehrreichen Vorträge noch durch bunte farbige Bildbilder verstärkt. Nach jedem Vortrag kam der Wunsch zum Ausdruck, solche befehlende Abende recht bald zu wiederholen. Aber nicht nur die Erwachsenen, auch die Kinder verstand Herr Meenken zu begeistern. Man sah es den vielen Taudenden von Kindern an, daß ihnen wohl selten solche eine Freude bereitet wurde. Mit strahlenden Augen und lautlosen Stille ließen sie die lehrreichen Erzählungen und herzlichen deutschen Wörter an sich vorüberziehen. Bis die Freude, ob er recht bald wiederkommen soll, antwortete dem Redner ein tausendstimmiges Ja. Der Vortragende verabschiedete sich von den kleinen mit der Ermahnung, bei den Eltern und in der Schule immer recht brav, folgsam und fleißig sein; dann wußte er ihnen bald wieder eine so große Freude bereiten.

\* Die Arbeiter-Sänger-Vereinigung Breslau veranstaltete Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 5 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein großes Konzert. Das Programm enthält Solo-, Chor- und Klavierstücke der verschiedensten Komponisten. Kampflieder wechseln mit ernsten und heiteren Liedern in großer Zahl. Wenn an einem genügend Platz gelegen ist, der unterstüzt unsere Arbeiter-Sänger, zumal der Eintrittspreis nur 10 Pf. beträgt.

\* Städtische Lotteriekommission für den Waisen- und Trotz. Einem langegehegten Bedürfnis entsprechend hat sich der Magistrat im Einvernehmen mit den Landwirtschafts- und Handelsämtern entschlossen, eine städtische Lotteriekommision für den Waisen- und Trotz zu bilden. Die Kommision besteht aus folgenden Herren: Stadtrat Giesel als Vorsitzender, für die Handelsämter Kaufmann Wollmann, für die Landwirtschaftsbehörde Müller, als Stellvertreter Geschäftsführer Pfeiffer, für die Konsumen die Führerwerke Bisch und Mülke. Am Mittwoch mittags 9½ Uhr wird die Lotterierung in der Stadtkasse stattfinden. Es werden 100000 Mark zu gewinnen sein. Eintritt 10 Pf. Der Waisen- und Trotz wird mit 100000 Mark belohnt. Es werden 100000 Mark für die Waisen- und Trotz, 100000 Mark für die Waisen- und Trotz, 100000

## Behörbliche

### Verlängerung des Geburtenrückgangs.

Der preußische Minister des Innern hat in einem Mündschreiben an die Standesämter angeordnet, daß die Veröffentlichung der standesamtlichen Nachrichten über Aufgebote, Verehelichungen und Geburten fortan zu unterbleiben haben oder doch zunächst beschränkt werden, etwa auf die Veröffentlichung der summarischen Zahlen ohne Namensnennung. Damit soll verhindert werden, daß an die Adresse der in den standesamtlichen Nachrichten genannten Personen Anpressungen zur Verhütung der Volksvermehrung gesandt werden.

In Breslau ist schon vor Jahr und Tag die Veröffentlichung der standesamtlichen Geburts- und Eheschließungs-Nachrichten vom Regierungspräsidenten untersagt worden, aber der von oben gewünschte Erfolg — mehr Geburten — ist keineswegs eingetreten. Es heißt auch die Ursachen des Geburtenrückgangs ganz erkennen, wenn gegen die standesamtlichen Nachrichten der Krieg erklärt wird.

### Lieber Gefängnis als Geldstrafe.

Es kommt nicht oft vor, daß ein Angeklagter ausdrücklich darum ersucht, das Gericht möge auf eine Freiheitsstrafe verzichten, obgleich vom Staatsanwalt eine Geldstrafe beantragt worden ist.

Der Tiefbauarbeiter X. in Breslau, der vor dem Schöffengericht wegen Raubverbrechens erscheinen mußte, gab an, aus Not gehandelt zu haben. Der Angeklagte ist Vater einer viersöpfigen Familie und bereits monatelang ohne Arbeit. In der Breslauer Umgebung, besonders in der Nähe von Jüppel, hat er wiederholt zur Nachzeit ohne Jagdhilfesachen geschossen und diese dann verkauft. Bei einer Hausdurchsuchung in seiner Wohnung beschuldigte ein Kriminalbeamter einen zerlegbaren Gewehr, eine Jagdtasche und eine Anzahl scharfe Patronen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den gefährdeten Angeklagten 50 Mark Geldstrafe wegen Vergangen gegen das Jagdschutzbuch und 21 Mark Geldstrafe wegen Übertritt der preußischen Jagdbordnung vom 15. Juli 1907. „Kann Sie behaupten, daß Sie bei Ihrer Wohnung durch einen Feind tritt die Treppe abgestürzt? Die alte Frau erlitt schwere Verletzungen am Kopf, daß sie bewußtlos liegen blieb. Samariter der Feuerwehr legten der Verletzten einen Notverband an und schafften sie ins Allerheiligengespann.“

Monatelang keine Arbeit, kein Geld im Hause, wohl aber hungrige Kinder, die täglich gar lebensfertig nach Brot verlangen. Was kümmert sich darum die heutige bürgerliche Gesellschaft mit ihren Straßgesetzen. Wer zieht oder wildert, der kommt ohne Gnade und Barmherzigkeit ins Gefängnis. Wie lange wird es noch dauern, bis man überall einfiebt, daß eine Arbeitslosen-Pensionierung bitter nötigt.

### Der Raubmord am Weinbergsweg.

Für die Aussklärung des Raubmordes am Gärtnerlebener Haage ist, wie die Polizei mitteilt, die Ermittlung verschiedener Verlorenen von großer Wichtigkeit. Zunächst handelt es sich um drei Männer, die in der Nacht zum Dienstag um etwa 12½ Uhr in der Restauration Matthiasstraße 161/163 je einen Schnitt Bier getrunken. Zwei von diesen Männern waren je etwa 1,70 bis 1,75 Meter groß schlank, trugen hellgraue Ulster und schwarze, steife Hüte. Der dritte war etwa 1,65 Meter groß, von ungleicher Gestalt, hatte schwarzes starken Schnurrbart, und trug schwarzen Ledergürtel. Ferner handelt es sich um die Ermittlung von drei anderen Männern, die in der Wochennacht um etwa 11½ Uhr vor dem Hause Seitenstraße 11 auf und abgingen. Zwei von ihnen haben sich um etwa 1 Uhr nach der Matthiasstraße zu entfernt, der größte von ihnen war etwa 1,70 bis 1,80 Meter groß, schlank und war bekleidet mit dunklem Ledergürtel, die beiden anderen waren kleiner und mit Tropfen bekleidet. Der eine von diesen beiden trug Spitzbart.

Ferner sind in der Wochennacht zwischen 1 bis 1½ Uhr zwei Männer im Weinbergsweg beobachtet worden, die vom Haaseichen Grundstück kamen und sich entlang nach der Adlerstraße entfernten. Der eine von ihnen trug ein kleines Paket unter dem Arm. Beide waren je etwa 1,70 Meter groß und trugen Ledergürtel, der eine schwarzen stellten gut, der andere eine runde Schildkröte. Der letztere, der einen starken Schnurrbart hatte, trug um den Hals ein Halstuch umgebunden. Auf die Ermittlung der Raubmorde hat der Regierungspräsident eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Angaben zur Ermittlung werden nach dem Polizeipräsidium, Zimmer 47, erbeten.

Die gerichtsärztliche Leistung der Richter hat ergeben, daß der Tod durch Erstickung eingetreten ist. Die Vermutung, daß die Raubmorde ihr Opfer erst durch Schläge auf den Kopf bestimmt und dann den Kopf mit Bitten und Fäusten umwunden hätten, um ein vollständiges Ersticken herbeizuführen, ist deshalb unglaublich. Die Kräfte, die Haase im Gesicht und am Halse hattet und die viel Blutverlust erzeugten, sind danach dem Täterschen in seinem Kampf mit den Angreifern beigebracht worden.

### Die Nadel im Bügeltuch.

Einen recht unpassenden Scherz hat sich im November 1913 ein politischer Schneidergeselle gegenüber seinem Kollegen und Landsmann erlaubt. Beide arbeiteten in der Werkstatt eines hiesigen Schneidermeisters. Sie waren anfangs die besten Freunde gewesen, aber durch einen unbefriedigenden Streit vor die Freundschaft eines Tages in die Brüche gegangen, und seitdem konnte einer den anderen nicht mehr leiden. Bei jeder nur durchbohrten Gelegenheit lagen sich die verfeindeten Gesellen in den Händen, sodass der Meister oft schreckliche Bagatellenschäden erlitten. Eines Tages, als sich der eine Geselle wie immer zu seiner Arbeit mit verschärftem Gehabe auf den Bügeltisch setzte, fuhr er mit einem furchtbaren Aufschrei plötzlich in die Höhe. Die Kräfte des hiesigen Schneideres war eine Nähnadel, die er in den Bügeltisch getrieben war, doch sie mit der Spitze aus dem Holz rutschte. Zum Unglück hatte sich der Geselle gerade auf die Stelle mit der Nadel gelegt, sodass die Nadel durchaus empfindlich in sein Bügeltuch eindringt. Sein Kollege vertrat ihn selbst durch einen schrecklichen Schrecken und stand jetzt wegen gefährlicher Körperverletzung vor dem hiesigen Schlossgericht. Er gab die Tat zu, meinte jedoch, er habe sich mit einem harmlosen „Schers“ erlaubt wollen. Der Amtsgericht beantragte, diesen Scherz unter Verjährung während vier Monaten zu bestrafen. Das Gericht berücksichtigte die bisherige Unbefriedigung des Angeklagten, weshalb ihm noch einmal mit kurzer Haftstrafe zugestimmt wurde. Das Urteil lautete auf 21 Mark Geldstrafe oder 14 Tage Gefängnis.

\* Gegen schweren Bestall erhielt Mittwoch nachmittag im Hause Altenstraße 22 ein Handwerker, der dort mit Holzgarten beschäftigt ist. Aus irgend einem Grunde, cliff das Gericht, und die häusliche Schneiderin dem Manne ins Knie, daß schwer verletzt wurde.

### Schwere Ofenexplosion.

In der Wohnung eines Kohlenstraße 7 wohnenden Artillerie-Sergeanten ereignete sich Mittwoch nachmittag eine schwere Ofenexplosion. Es wird uns darüber berichtet:

Um 2 Uhr nachmittags wollte die Ehefrau des Sergeanten neue Kohlen auf das Feuer schütteln. kaum hatte sie die ersten Stücke Kohlen auf das Feuer geworfen, da trat eine durchbare Explosion ein, die im ganzen Hause vernommen wurde. Mit lautem Krach stürzte der Ofen ein und die Frau wurde zum Teile unter den Schuttmaschen begraben. Eine große Stichflamme hatte auch bald ihre Kleidung in Brand gesetzt. Die gewaltige Erschütterung setzte sofort Hausbewohner herbei, die sich bemühten, das entstandene Feuer zu löschen und die Frau aus ihrer unglücklichen Lage zu befreien.

Es stellte sich aber bald heraus, daß sie schwere Brandwunden an den Händen, im Gesicht und am ganzen Oberkörper erlitten hatte. Auch sie als Mortale aller Todesarten, das ein Stiel absatz in einem Korb lag, hat schwere Brandwunden im Gesicht erlitten. Der Ofen der Wohnung ist vollständig eingestürzt, und auch sonst ist durch die Explosion in der Wohnung ein bedeutender Schaden angerichtet worden. Man rief die Samariter der Feuerwehr herbei, die Mutter und Kind zunächst mit Notverbinden versahen und beide ins Allerheiligengespann schafften. Auf welche Ursachen die Explosion zurückzuführen ist, konnte noch nicht ermittelt werden; allem Anschein nach muß lediglich ein Sprengstoff in der Kohle gewesen sein.

\* Absturz von der Treppe. Am Mittwoch vormittag ist eine 71 Jahre alte Frau im Hause Altenstraße 21 beim Absteigen von ihrer Wohnung durch einen Feindtritt die Treppe abgestürzt. Die alte Frau erlitt schwere Verletzungen am Kopf, daß sie bewußtlos liegen blieb. Samariter der Feuerwehr legten der Verletzten einen Notverband an und schafften sie ins Allerheiligengespann.

\* Todessprung aus dem Fenster. Am Mittwoch vormittag um 9½ Uhr stürzte sich, wie bereits kurz gemeldet, die 57 Jahre alte Nähbindefrau Dr. Küller aus ihrer Wohnung im dritten Stock des Hauses Neue Steuerstraße 17 in den Hof hinaus, wo sie mit schweren Knochenbrüchen und inneren Verletzungen regungslos liegen blieb. Sofort herbeigerushene Samariterleute der Feuerwehr schafften die Verletzte mit dem Krankenwagen ins Allerheiligengespann. Hier ist die Frau bald gestorben. Die Frau war schon seit längerer Zeit schwer neurotisch.

\* Schwer verbrüht. Am Dienstag nachmittag hat sich im Hause Steinauerstraße 26 ein 11-jähriger Schüler, der in der elterlichen Wohnung Kaffee trinken wollte, durch Unachtsamkeit des Topfes mit dem köchenden Kaffee schwer verbrüht. Samariter der Feuerwehr legten dem Knaben Notverband an und schafften ihn ins Wenzel Hancke-Krankenhaus.

\* Auf der Eisenbahn verunglückt. Auf dem Welschbach kam am Dienstag nachmittag ein junger Mann beim Schleppschuhlaufen so unglücklich zu Fall, daß er einen schweren Gehirntricht erlitt. Er wurde ins Allerheiligengespann geschafft werden,

\* Ein Schüler überschritten. Dienstag mittag wurde auf der Gräbschenerstraße ein 13-jähriger Schüler, der aus der Schule kommend, mit mehreren Kameraden über die Straße rannte, von einem Automobil erfaßt, zu Boden geschleudert und überfahren. Der Junge erlitt einen Bruch des linken Beins. Der Führer des Kraftwagens lud den Verletzten auf und brachte ihn ins Wenzel Hancke-Krankenhaus.

\* In die Öde gefügt. Am Dienstag vormittag die Ehefrau eines auf der Höhstraße 6 wohnenden Bedienungsleute. Einigen Männern gelang es, die Lebensmittel zu retten.

\* Von einem Werde geschlagen wurde am Mittwoch vormittag im Hof eines Grundstücks am Brigittental ein Droschkenführer; er erlitt schwere Verletzungen, daß er ins Allerheiligengespann geschafft werden musste.

\* Gestohlen. Auf dem Ring ist während des Frühlingsmarktes einer Kleiderhändlerin von der Bobenstraße ein Kinderwagen gestohlen worden, aus dem Wortelei der 2. Klasse des Hauptbahnhofes eine gelbe lederne Reisetasche mit Wäsche, aus dem Restaurant „Palmenhof“ ein schwarzer, mit grauen Häden durchsetzter Winterüberzieher, in einem Lokal auf der Frankfurterstraße ein Schloß von der Rödelwitzstraße ein schwarzer Sommersüberzieher.

### Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

#### Nugtigkeit von Gemeindevertreterwahlen wegen Ordnungswidrigkeiten bei Bildung des Wahlvorstandes.

Die Wahl der Gemeinden Mauter Karl Winter und Zimmerman Robert Winter zu Gemeindevertretern der dritten Wahlbezirksleitung in Deutsch-Lissa, die am 2. März 1912 erfolgt war, war auf Anfechtungslage hin durch den Kreisauftakt in Neumarkt für ungültig erklärt worden. Dieser Beschluss wurde unter anderem auch den beiden Winters zugestellt. Sie legten durch Rechtsanwalt Sonnenmann die Berufung ein. Der Bezirksausschuss zu Breslau verwies das Rechtsmittel aus formellen Gründen.

Hinterlai hat unter anderem mit in Betracht, daß die beiden Gewählten zur Zeit der Entscheidung der ersten Instanz noch nicht dem Bezirksherrn beigegeben waren, und die Anfechtungslage, die sich gegen die Gültigkeit der Wahl richtete, gegen die Gemeindevertretung ergangen war.

Karl und Robert Winter legten nun Revision ein. Sie wurden in der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht am 2. Februar durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine vertreten.

Das Oberverwaltungsgericht verwies die Revision mit folgender Begründung:

Dem Vertreter der Revisionshörer sei allerdings darin beizugeben, daß die beiden Gewählten, deren Wahl der Kreisauftakt durch Bescheid für ungültig erklärt hatte, an sich zur Einlegung der Berufung und jetzt zur Einlegung der Revision berechtigt gewesen seien. Dann sie hierin als beteiligte Beigefüllte anzusehen. Und zwar sei es hier der Vertreter ausgeführt habe, eine ordnungsmäßige Beladung gewesen, daß der Kreisauftakt einen Bescheid vom 16. Februar 1912 den beiden Gewählten vor Beendigung der Instanzzeit zugesetzt habe. Die Revision der Beigefüllten sei aber nach jahrlicher Prüfung zu verwirken. Es sei nämlich der Wahlvorstand nicht ordnungsmäßig anstehen gekommen. Da für alle Abteilungen ein einheitlicher Wahltermin angesetzt gewesen sei, so habe die Wahlveramtung für die Beigefüllten zum Wahlvorschlag aus allen Wahlbezirken bestanden. Beigefüllt hätten sich also bei der Wahlvorschlag auch 25 Personen beteiligt, die garnicht wahlberechtigt waren. Sie hätten trotz der Aufsichtsering des Vorsitzenden nicht den Raum vorzuhalten, als die Beigefüllten begannen, und mitgewählt. Da ja der Wahlvorschlag auf eine geistvolle Weise aufzumachen gewesen sei, so gehe das die Ungültigkeit der angesetzten Beigefüllten nicht auf. Aus diesen Gründen bleibe es bei der Anfechtungserklärung der beiden Wähler.

## Neueste Nachrichten.

### Gingestellte Bekämpfungspläne.

Strasburg, 5. Februar. Die Militärbehörde hat die Bekämpfungspläne gegen verschiedene Geltungen, die beobachtet haben, daß Leutnant v. Horstner die französische Fahne beleidigt habe, Blättermeldungen aufzugezogen, da 22 Soldaten erklären, daß der Leutnant beleidigende Neuheiten über die französische Fahne getan habe und nur vier nichts gehört haben wollen. — Und was geschieht Herrn v. Horstner?

### Auf der Eisbühne versprengt.

Helsingør, 4. Februar. Eine Eisbühne, auf der sich 447 Fischer befanden, teils Finnländer aus Lavaaari und teils Russen, löste sich von der finnischen Küste los und landete bei der kleinen Insel Sestkaer. Der Eisbrecher „Tormo“ ist mit Lebensmitteln zur Hilfeleistung abgegangen.

### Sensationelle Erklärung der letzten Gruben-Katastrophen.

Wien, 5. Februar. Der Leiter der Laibacher Erdbebenwarte, Professor Walz, versetzte eine Erklärung, in der es heißt: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die in den jüngsten Tagen aufgetretene Grubenkatastrophe auf der Seele Minister Achenthal und die Grubenlage bei Leopold (Oberösterreich) und auf der Seele Fürst Leopold I. bei Dorsten durch die seit einer Woche in ganz Europa herrschende starke Bodenruhr und durch die außerordentlich starken Fernbebenwellen vom 30. Januar ausgelöst worden sind. Unsere Worte hat am 30. Januar vormittags das frühmorgens erfolgte katastrophale Erbeben angezeigt. Das Grubenunglück auf der Seele Minister Achenthal wäre leicht verhindert worden, wenn an diesem Tage, wo unser Warnruf noch rechtzeitig laut wurde, im Bergbau die vorgeschriebenen Vorsichtsmaßnahmen verdoppelt worden wären.“

### Krupp pumpft der Türkei.

Paris, 5. Februar. Der „Tempo“ meldet in einer Konstantinopeler Depesche, daß, wie aus bester Quelle verlautet, augenblicklich in intensiver Weise Verhandlungen zwischen dem türkischen Kriegsminister und dem finnischen Minister einerseits und dem Hause Krupp andererseits für eine finanzielle Operation beabsichtigt werden. Danach beabsichtigt die deutsche Firma, der Türkei mehrere Millionen zu leihen, wogegen die Türkei sich verpflichtet, neue Bestellungen bei Krupp zu machen, um die noch nicht bezahlten Schulden bei Krupp zu beglichen. Auf diese Weise würde die Türkei aus den augenblicklichen finanziellen Schwierigkeiten herauskommen, und dadurch könnte die Münze bei den Großmächten um einige Zeit verschoben werden.

### Auf hoher See verbrannt.

London, 5. Februar. Durch einen furchtbaren Brand an hoher See ist, wie der „Daily Telegraph“ aus Wellington (Neuseeland) meldet, der Dampfer „Mod“ verloren worden. Der Dampfer, der sich auf dem Wege von Wellington nach Wangamui mit einer Ladung Benzin befand, geriet am 4. Februar in Brand. Das Feuer wurde durch die Explosion eines Liters Benzins hervorgerufen. In der Nähe des Bestimmungshafens kam es, da man des Feuers nicht hatte Herr werden können, zu einer furchtbaren Explosion. Ein Matrose wurde dabei buchstäblich in Stücke gerissen. Mit rasender Schnelligkeit griff die Feuerbrunst weiter um sich und das Schiff sank. Die übrigen Leute der Besatzung, die ins Meer sprangen, konnten von dem Dampfer „Arapawa“ gerettet werden.

### Die portugiesische Kabinettsskize.

Lissabon, den 5. Februar. Der jetzt hier eingetroffene portugiesische Gesandte in Brasilien, Bernardino Machado ist vom Präsidenten mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt worden. Machado hat das Anerbieten des Präsidenten angenommen. Er gedenkt in kürzester Frist dem Präsidenten die neuen Männer vorstellen zu können.

Madrid, 5. Februar. Die Ankunft Bernardino Machados in Lissabon hat die Lage in Portugal bisher nicht wesentlich zu verbessern vermocht. Nach hier eingetroffenen Meldungen kam es gestern abend im Lissaboner Uniontheater zu einem großen tumult. Unmittelbar der Vorstellung stand plötzlich einer der Theaterbesucher auf und erklärte ein entlassener Eisenbahner zu sein. Er sprang auf die Bühne und hielt eine längere Rede, in der er mit heftigen Worten den Ministerpräsidenten Costa und die Eisenbahnkompanien angreift. Es kam schließlich zwischen den Anhängern des Ministerpräsidenten und der Gefolgschaft des vorerwähnten Redners zu einer argen Prügelei, bei der auf beiden Seiten zahlreiche Personen verletzt wurden. Auch im Norden des Landes ist es zu schweren Unruhen gekommen. In Pedregal überbrachten Royalisten die Grenze, wobei sich ein Feuergefecht mit Gardisten entwickelte, in dessen Verlauf 16 Gardisten mehrere Menschen verloren. Verschiedene Regierungsbäude wurden von den Royalisten angegriffen, und erst nach der Ankunft bedeckender Verbündeter konnten die Monarchisten auf Pedregal vertrieben werden.

### Schwere Kämpfe der Spanier in Marokko.

Madrid, 5. Februar. Zwischen Spaniern und Marokkanern ist es nach einem Telegramm aus Langer zu einem neuen Schlag aufgegangen, das mehrere Stunden dauerte. Die Kabylen verteidigten jeden Fuß breiter Landes gegen die Spanier auf das hartnäckigste und konnten erst nach heftigem Widerstand aus den teilweise stark besetzten Stellungen herausgeworfen werden. Die Spanier verloren sich zehn Tote und dreißig Schwerverwundete. Die Verluste der Kabylen sind unbekannt.

Berlin, 5. Februar. Zum Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 99 an Stelle des nach Frankfurt a. O. verlegten Obersten v. Reuter ist, wie dem „Volksangehörigen“ gemeldet wird, der Kommandeur der Danziger Kriegsschule, Oberstleutnant Guendel, ernannt worden. Sein Nachfolger in Danzig ist Major Müller vom 18. Infanterie-Regiment in Minden i. W.

Berlin, 5. Februar. Der Zustand der beiden verunglückten Zentrumsbürogegner Hebel und Bläß hat sich verhältnismäßig rasch gebessert. Auch der am schwersten verletzte Pfarrer Hebel ist nunmehr außer Lebensgefahr.

### Briefkasten.

„Abonnent“. Zeitschriften ohne Umschreit und Wohnungsangabe wandern unberücksichtigt in den Briefkasten.

J. S. Die Invalidenversicherung hat in diesem Falle kein Recht, das Krankengeld zu beklagern; sie darf auch die Renten nicht entzogen werden. Geschicht es doch, so ist Berufung beim Rechtsgericht möglich einzulegen.

Brieg 2009. Die Briefkästen über die Einrichtung von Zigarettenfabriken gelten nicht für Betriebe, wo nur Familienangehörige des Inhabers beschäftigt sind.

„Frankfurter Straße, 1. u. 2.“. Wer empfiehlt eine Schwerde beim Kassenvorstand. B. So schnell geht das nicht; schreiten Sie nochmals an die Kasse.

## Theater, Konzerte und Vergnügungen.

**Wahlkundungen aus den Direktionsbüros**

**Stadt-Theater.** Zu ermächtigten Preisen geht heute Donnerstag, 10. Februar, phantastische Oper "Hoffmanns Erzählungen" mit Paul Höchheim in der Titelrolle in Szene. Am Freitag wird "Korknus, Zar und Zimmermann" ebenfalls zu ermächtigten Preisen gegeben. Am Sonnabend findet eine Wiederholung von Verdis "Aida" statt. Die Aufführung von "Barbiere" am Sonntag beginnt wieder pünktlich um 5 Uhr mit den üblichen Pausen von je 45 Minuten.

Die Ausgabe der vorbestellten Eintrittskarten für die Aufführung von "Barbiere" am 10. Februar 1914 findet nur Sonnabend den 7. und Sonntag den 8. Februar vorne von 10 bis 2 Uhr (Sonntag 11-2 Uhr) an der Kasse des Stadttheaters statt. Den Abonnenten bleiben ihre Plätze gegen Nachzahlung der Differenz zwischen dem Kassenpreise und dem erhöhten Preis ebenfalls bis Sonntag 2 Uhr reserviert. Über ein abgeholtes Eintrittskarten ebenso Abonnements wird von Montag ab anderweitig verfügt.

Als nächste große Novität wird Puccinis lebhafte große Oper "Das Mädchen aus dem goldenen Westen" unter der musikalischen Leitung von Giuseppe Rio und der Spielstätte von Hugo Riechner vorbereitet. Die Oper ist gegenwärtig überall die größte Anziehungskraft aus und beherrscht den Spielplan fast aller größeren Opernhäuser, so der Wiener Hofoper, des Charlottenburger Opernhauses, der Hof-Theater zu Dresden, München usw.

## Schlesien und Posen.

Kattowitz, 5. Februar. Einen grauslichen Tod fand am Dienstag gegen Abend ein in der Ziegeleri der Ferdinandgrube beschäftigter Ziegelerarbeiter. Er stand ahnunglos zwischen dem Gleise der Rippwagen auf eine eiserne Beschlagsstange gestützt, als ein beladener Rippwagen von der Böschung herunterfuhr und den Bedauernswerten überfuhr. Die Beschlagsstange war ihm durch den Leib gedrungen, sodass der Verunglückte im sterbenden Zustande vom Platz geschafft wurde. Um Leibanzimmer des Grubenbadehauses, woselbst ihm der erste Notverband angelegt wurde, gab er nach kurzer Zeit seinen Geist auf. Durch den Umstand, dass der Tote mit dem Rücken gegen den ihm den Tod bringenden Wagen stand, ist es zu erklären, dass er das Herabrollen des Wagens überhört hat.

Groß-Strehlow, 5. Februar. Eine Zentrum-Schnapswahl. Die Wahlprüfungscommission des Reichstages setzte am Mittwoch, den 4. Februar, die Prüfung der Wahl des im Kreis Kosel-Groß-Strehlow gewählten Abgeordneten Giovannetti (Siz. fort). Giovannetti wurde in der Stichwahl mit 11 484 Stimmen gegen den polnischen Pfarrer Vajda, der 11 095 Stimmen erhielt, gewählt. In dem Protest wird mehrfach Stimmenstau durch Schnaps, Bier, Zigaretten, teilweise auch Geld, behauptet, worüber Beweis zu erheben beschlossen wurde. Eine längere Diskussion rief die auch in anderen Wahl-

kreisen schon gemachte Wahrnehmung hervor, dass in amtlichen Wahlkundungen bereits bei ihrer Abgabe an die Wähler Stimmzettel enthalten waren. In zwei Beiträgen dieses Wahlkreises trugen die Stimmzettel sichtbarweise die Namen eines früheren Kandidaten des gleichen Wahlkreises. Es konnte bisher noch in selinem Falle aufgeklärt werden, bei welcher Gelegenheit die Stimmzettel in die Kästen gelommen sind, da bereits früher bemerkte Wahlkundts allgemein nicht mehr zur Verwendung kamen. Die Kommission beschloss einstimmig, den Reichstag zu ersuchen, diesem Unheilstande bei kommenden Wahlen durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten. Die Wahl Gültigkeit wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung der Kommission beanstanden werden.

Niederschlesien: 19 Kinder, 31 Weiber.  
Von den Schwangeren wurden verloren: 1 zu 52, 3 zu 57, 4 zu 66, 78 zu 67, 117 zu 63, 285 zu 59, 224 zu 61, 530 zu 50, 271 zu 49, 249 zu 48, 128 zu 47, 65 zu 46, 67 zu 46, 4 zu 44, 14 zu 42, 8 zu 42, 4 zu 40. Mai.

**Breslau, 4. Februar.** Heute Abend von der Wirtschaftskommission für Getreide:

Wiesen, gute Qualität der letzten Ernte	17,80 - 16,50
Wiesen, bessergesetzte	14,80 - 16,00
Hafer, bessergesetzte	14,20 - 14,40
Hafer, der letzten Ernte	16,20 - 16,50
Haferkörner, gute Qualität der letzten Ernte	24,60 - 26,00
Haferkörner, bessergesetzte	21,80 - 22,00
Haferkörner, letzterer der letzten Ernte	17,00 - 17,50
Dampfgetreide	0,80 - 1,00
Getreide	4,60 - 5,00
Wurstsalz	3,00 - 3,10

**Breslauer Wurstmarktfest.** Weit ruhig, per 100 Kilogramm inkl. Ladung Wurstgerüst 20 rubig, 28,00-28,50 Mk. Wogenmehl 10 rubig, 22,00-23,00 Mk., Mehl 10 rubig, 18,00-18,50 Mk. Wogen-Gauf-Walzenküche ruhig, 10,00-10,50 Mk.

## Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
5. 2. [1,50] 0,49	[1,88] 0,33	[2,01] 1,88	[4,68] 2,60	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4. 2. [1,56] 0,48	[1,85] 0,33	[2,56] 1,90	[4,74] 2,81	[1,43] 1,18	[4,96] 1,64	[0,48] 1,41	-	-	-	-	-	-
Mittel [1,68] 0,98	[2,12] 0,42	[2,46] 2,07	[4,07] 2,38	[1,08] 1,58	[6,00] 0,14	[1,88] 0,45	-	-	-	-	-	-
* Auslastungshöhe 1. Kettwitz 3,50 für Treschen; (Obers) Oder-Niederung 3,27.												

## Versammlungen und Vereine.

**Freitag, den 6. Februar:**  
Görlitz. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshause.

**Sonnabend, den 7. Februar:**  
Partei-Landstrich Groß-Möckern bei Schreiber.  
Besinnung bei Knighthal.

**Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 3 Uhr:**  
Partei-Landstrich Drachenbrunn bei Kleistins  
Gabelwitz bei Weidner.  
Maserwitz bei Käthner.

## 00169 Viele Ärzte

ziehen Histosan für  
Lungenkrankheiten allen  
anderen Mitteln vor.  
(Siweiss - Guajacum-  
Verbindung D.R.P.  
162656) Eigentisch,  
weil appetitanregend,  
u. eisenfrei, vorzügl.  
zu Kuren f. Tuberkulose.  
Histo-  
histosanfabrik Schaffhausen (Schweiz)  
Singen a. H. Prospekt u. Blutarme.  
histosanfabrik Schaffhausen (Schweiz)  
Singen a. H. (Baden)

# 2 Reste-Tage

Die bei dem sehr lebhaften

## Inventur-Räumungs-Verkauf

in großen Mengen entstandenen Reste und Coupons werden zu kaum glaublich billigen Preisen verkauft.

Freitag

Sonnabend

6. Februar.

M. Fischhoff

Breslau I \* Ring 43.

14076



Am 2. Februar, nachmittags 4 Uhr, verschied nach kurzem schwerem Leiden meine geliebte Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante, Schwieger- und Grossmutter

**Marie Tiesler**

geb. Liebs

im Alter von 46 Jahren 8 Monaten.

Dies zeigt tiefbetribt an.

**Der trauernde Gatte nebst Kindern.**

Beerdigung: Freitag, nachmittags 4 Uhr, vom Hospital Allerheiligen nach Cosel, St. Paulius-Friedhof.

[14104]



Neunmal neunundneunzig Schuh  
Putzt man mit Fischhoff und

Der Einzelhandel von den verschiedenen ABC-Ausstellungen erhält einen gesonderten Aufdruck auf ABC-Ausstellungsmarken von der Breslauer Firma.

L. & C.

Am 1. Februar verstarb unser Mitglied, der Stellmacher **Herr Karl Krien**

im Alter von 97 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahrt.

Die Mitglieder der Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Deutschen Wagenbauer (Filiale Breslau).

Beerdigung: Donnerstag, den 5. d. Ms., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Barbara-Friedhofes in Cosel.

Der Wahre Jacob, Gest 10 Pf.

Alkoholfreies Speischaus.  
**Pomona** Vegetarisches  
Speisehaus  
Albertstraße Nr. 44, I.

Alkoholfreie Getränke.

**= Bilz-Sinalco =**

St. Kraut, Kraut, Gefürbtenen Matzohlschr. 128, Alsfeld, Noppen, d. Salz, 12, Trauten, Würste, Wurst, Odenstraße 28.

**Thomas Brause**, Bubenstr. 84, Telefon 2911.

**Aluminum-Küchenware**.

Spz.-Gef., Bubenstr. 3, bauers, niedr.

Bäckereien und Konditoreien

Weller, August, Wielandstraße 5.

Froehl, Carl, Oderstraße 29.

Alber, J., Leinenstraße 68.

Großmann, R., Oderstraße 61.

Alfred Huth, Schuhmacherstr. 44.

Hante, Emil, Oderstraße 84.

Hellmann, M., Wielandstraße 4.

Hübner, Heinrich, 16.

Franz, Wilhelm, Wielandstraße 35.

Krause, Julius, Wielandstr. 34 (ar. Mart.)

Rühle, G. V., Stein, Wielandstraße 19.

Kurlich, Theodor, Wielandstr. 22 (ar. Mart.)

Mariotto, Josef, Wielandstraße 3.

Nebe, August, Al. Großherre 24.

Wolke, Th., Friedrich-Naumburg 59.

Witter, Otto, Wielandstraße 22.

Schmid, Max, Wielandstraße 17.

Schnabel, Josef, Wielandstr. 33.

Heben, Hermann, Wielandstr. 136.

Weiß, Wilhelm, Wielandstr. 106.

Negele, Paul, Wielandstraße 8.

**Badeanstalten**.

Wieland, Paul, Neue Straße 14.

**Badewannen**.

Mennemann, Mr., Tautenburgstr. 178, 5%.

**Bandagisten**.

Reiter, Karl, Gartenstr. 54, Tel. 10144.

**Rein, Joh., Schmiede 17/18.**

**Betten u. Bettfedern**.

Weder, A., Wielandstraße 44, I., II., III.

Cohn, Max, Wielandstraße 10.

Geschw. Kapel, Anderssonstrasse 2.

Thöler, E., Wielandstr. 72, II.

**Bier- und Getränke Bier Verkauf**

Grauerei Sacrau, G. S.

**Brauerei Zum Knuspern**,  
eigent. Grossenbachstr. m. d. S.

Gebauer, S., Wielandstr. 14.

**Großeschm., Brauerei, Schanzenstr.**

Gräfe, Pöhl, Wielandstr. 63, 8, Quibus.

**Hopf & Görlitz**, Julius-

Frit., Wielandstr. 45.

Hößner, Max, Friedrich-Wielandstr. 45.

**R. Jäkel**, Lederfabrikant, I., II., Gei.

Leibnitz, Streitken, Beuerlein, Max

Legiusa, Dresden, M. Fürstenstr. 8/10.

Korn, Josef, Oderstraße 3.

**Ponker's Brauerei**, Ponker, Küst zu Lüneburg, Preisen.

**Schwarze Krähe Neumarkt.**

Wengel, A., Käfermühlestraße 5/6.

Wittke, Paul, Wielandstr. 53.

Schiel, Franz, Jr., Leinenstraße 76.

Vogel, C., Reichsstraße 28.

Wiesner, F.W., Brauerei, Neumarkt.

**Bier-Apparate, Kohlensäure,**

Wiemann, Wirt., Tautenburgstr. 11.

Schlaun, Paul, Schmiedebrücke 53.

**Billard-Fabriken**.

**Keiser-Gader**, Ohlauerstr. 42.

**Fürsten-Fabriken**.

Hämmer, Wenzl, 31, grüne u. rote Mart.

Göpner, Alb., Erzeugungsgeschäft f. Haushaltungsmitteln, Gräfchenstraße 14, part.

Stern, Ed., Leinenstr. 33, Schneiderei Paul.

**Café**.

Cafe Germania, Wielandstr. 63a, G. Ode.

Hafer, Friedr.-Cafe, Wielandstraße 58.

Hoffmann-Cafe, Ring, Wielandstr. 6.

Cafe-Vittoria, G. Schiel, Wielandstr. 65.

**Carnevals-Artikel**.

Görlitz, Rudolf, Oder, (Germann)

Theater-Kostüm.

Brücke, u. Bernd, Schanzenstr.

Kofler, W., Leinenstr. 14, II., Gei.

**Damen-Konfektion**.

Schaefer, Webschau, Schmiedebrücke 42.

**Brot- und Käsek**.

Wolke, E., Wielandstr. 17, Schmiedebrücke 22.

Zom-Brötger, Wielandstr. 47, G. Stern.

**Gothe, G.**, Elisenstr. 18, Schmiedebrücke 15.

Wölker, Walter, Schanzenstr. 15.

Ritter, H., Wielandstraße 104.

Götz, Ernst, Schanzenstraße 18.

Wolke, Ziegler, Gräfchenstraße 56.

**Eisen- u. Stahlwaren**.

Reiter, Carl, Wielandstr. 170, Schmiedebrücke 96.

Reich, O., Schmiede 18 (Schmiedebrücke)

Reiter, Carl, Elisenstr. 83/85, Schmiedebrücke 9.

Reiter, Carl, Wielandstraße 75.

**Fahrräder und Motorräder**.

Seidel, G., Wielandstr. 29, Tel. 266.

Reiter, Robert, 2, Reiterstr. 10, Wielandstr.

Reiter, Robert, 10, Wielandstr. 70.

Reiter, Robert, Schmiedebrücke 93.

Reiter, Robert, Wielandstr. 42.

Reiter, Robert, Wielandstr. 39.

Reiter, Robert, Wielandstraße 4.

**Großh., Wieland**,

Zschanderstraße 53.

Reiter, Robert, Wielandstr. 78, I., Schmiedebrücke 15.

Reiter, Robert, Wielandstraße 152.

Reiter, Robert, Schmiedebrücke 50 (Schmiedebrücke).

**Großh., Wieland**, I., II., III.

Erscheint 8 mal  
wöchentlich.

# Bezugsquellen-Verzeichnis.

Der Leser bei  
Einkäufen empfohlen.

Nördler, Max, Schmiedebrücke 20, Reparat.

Uhlmann, Anton, Gitterstraße 19.

Seidel, Carl, Wielandstr. 20, Wielandstr. 61.

Reiter, Robert, Wielandstr. 10, Wielandstr. 70.

Reiter, Robert, Wielandstr. 1

## 2. Beilage.

## Deutscher Reichstag.

205. Sitzung. Mittwoch, den 4. Februar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr

15 Minuten mit folgenden Worten:

Nach bei Beginn der heutigen Sitzung habe ich Ihnen leider eine unerfreuliche Mitteilung zu machen. Die beiden Kollegen Hiltz (Zentr.) und Hebel (Zentr.) sind heute morgen in der Nähe ihrer Wohnung von einem Kraftwagen aufgefahren worden. Beide sind schwer verletzt ins St. Hedwigskrankenhaus geschafft worden. Auf meine telefonische Anfrage habe ich erfahren, dass das Bestinden des Abg. Pöhl verhältnismäßig gut ist. Dagegen ist das Bestinden des Abg. Hebel weniger günstig. Ich glaube in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich beiden Kollegen die baldige Wiederherstellung und völlige Genesung wünsche. (Beifall.)

## Die Handhabung des Vereinsgesetzes.

Um 11 Tage der Beratung des Staats für das Reichsamt des Innern findet die von der allgemeinen Besprechung abweichende Aussprache über die Frage des Reichsvereinsgesetzes statt. Ein Antrag Dr. Spahn (Zentr.) verlangt einen Gesetzentwurf, der das Reichsvereinsgesetz in freiheitlichem Sinne ändert, insbesondere

1. das Verbot des Gebrauchs einer nicht deutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen aufhebt;

2. das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Vereinen und Versammlungen bestätigt;

3. das Recht der Polizeibehörden, Befragte in öffentlich Versammlungen zu entsenden, in eingeschlossenen Stimmen darstellt;

4. die Ausübung des Versammlungsrechts gegen Verhinderung durch polizeiliche Anordnungen über die Polizei zu fordern schüttet;

5. für die öffentliche Bekanntmachung einer Versammlung, der die Bekanntgabe in einer Zeitung, die in dem betreffenden Reichstagswahlkreis herausgegeben wird, als genügend erklärt.

Ein Antrag Brandys (Pole) stellt dieselben Forderungen und verlangt außerdem, dass, soweit ein oberster Landgericht in einem Urteil besteht, dieser in allen Fällen wegen Zuwidderhandlungen gegen die §§ 18 und 19 für die Verhinderung und Entscheidung der den Oberlandesgerichten zugewiesenen Revisionen und Beschwerden ausschließlich zuständig sein soll.

Ein sozialdemokratischer Antrag will ebenfalls den Sprachenparagraphen und die Bestimmungen über die Jugendlichen aufheben. Die für politische Vereine gegebenen Bestimmungen sollen auf Vereine beschränkt werden, die die Förderung politischer Angelegenheiten in Versammlungen bezeichnen.

## Abg. Dr. v. Baszevitski (Pole):

Die Handhabung des Vereinsgesetzes gibt andauernd zu Beschwerden Anlass. Schuld daran ist in erster Linie der ungünstige Sprachenparagraph. Er widerspricht dem Naturgesetz, dass man nicht nur in der Familie, sondern auch gegenüber den Stammesbrüdern die Muttersprache gebrauchen soll. Der Sprachenparagraph ist nur ein Ausnahmegericht gegen die Polen. Man will den Gebrauch der polnischen Sprache in den politischen Vereinen überhaupt untersagen. (Zurück bei den Polen: Ungehört!) Alle polnischen Vereine werden für politisch erklärt. Das ist ein Missbrauch des Gesetzes. Der jüngste Rechtsverweigerung muss ein Ende gemacht werden. Mit Gewalt kann man ein Land erobern, aber niemals auf die Dauer regieren.

## Abg. Legien (Soz.):

Bei der Beratung des Vereinsgesetzes erklärte der damalige Staatssekretär und jetzige Reichskanzler, dass allein in einzelnen Auslegungen des Gesetzes und einzelnen Beschränkungen entgegengetreten werden solle. Dadurch haben die Liberalen, die vorvergebens waren, sich verleiten lassen, dem Sprachenparagraphen und dem Jugendlichen-Paragraphen zuzustimmen — als ob der kleinliche preußische Polizeigehalt mit der Erfassung dieses Gesetzes verschwinden könnte. Wie er sich geltend macht, zeigt eine Lebenseule von Fäden. In Essen nahm die Polizeibehörde bei einer Durchsuchung beim Transportarbeiterverband Abstreifen der Mitgliederlisten und übermittelte sie der Eisenbahnbahnhof. (Lebhaftes Hört! hört! b. d. Soz.) Diese Handlung war nichts anderes als

## Diebstahl.

(Leb. Sehr richtig! b. d. Soz.) Gastwirten wird von der Militärbehörde, der Bahnverwaltung und der Polizeibehörde mit dem wirtschaftlichen Ruhm gedroht, wenn sie gewerkschaftliche Versammlungen

halten in ihren Lokalen dulden. Dabei hat der Staatssekretär v. Bethmann Hollweg ein solches Verhalten ausdrücklich für unmöglich erklärt. Wissen hat ich aber noch kein Staatskanzler gefunden, der eingeknickt wäre. Gewerkschaftliche Versammlungen, die nicht polizeipflichtig sind, sind doch auch natürlich nicht überwachungspflichtig. Das preußische Oberverwaltungsgericht hat auf das Gesetz erkannt; selbst Gewerkschaftsversammlungen erklären es überwachungspflichtig (Hört! hört! b. d. Soz.) Gewerkschaftliche Versammlungen und gewerkschaftliche Organisationen werden ohne weiteres für politisch erklärt, weil sie auf sozialpolitische Angelegenheiten einwirken wollen. Versammlungen eines Wahlvereins von 10 000 Mitgliedern erklärt das Oberverwaltungsgericht für öffentliche, obwohl die Mitgliedschaft jedes Teilnehmers in der Versammlung festgestellt wird. (Leb. Hört! hört! b. d. Soz.) Wozu haben wir ein Vereinsgesetz? Wenn solche Lippe und slaven Gesetzesbestimmungen durch ein höchstes Gericht einfach weginterpretiert werden. Für die Beherrschung der Gewerkschaften einer Versammlung unter freiem Himmel wird in Sachsen eine Gebühr erhoben. Wer hat daran wohl bei der Schaffung des § 7 des Gesetzes gedacht? Die Versammlungen unter freiem Himmel werden verboten, weil zu befürchten steht, dass die Versammlung durch andere gestört werde. — Als ob die Polizeibehörde sich verpflichtet fühlt, das Versammlungsrecht der Staatsbürger zu verhindern, anstatt es pflichtgemäß gegen radikalistische Elemente zu schützen. (Leb. Zustimmung b. d. Soz.) Man erklärt jetzt alle Arbeitersportvereine u. dergl. w. für politisch, obgleich sie nur die gleichen Zwecke haben, wie die bürgerlichen Sportvereine. Die deutsche Turnerschaft hat mindestens ebenso sehr eine politische Richtung wie die

## Arbeitervereine.

Es handelt sich da nur um verschiedene Weltanschauungen und es ist ein Rechtsbruch, wenn man jemand davon abhält seine Weltanschauung auf Grund der bestehenden Gesetze zu vertreten. Aber man will das Volk, das im Geisteszustand der christlichen und bürgerlichen Gewerkschaften erklärt nicht für politisch, wohl aber die, die der Generalkommision der Gewerkschaften Deutschlands angehören. Wozu sollten unsere Gewerkschaften sozialdemokratisch sein? Dazu haben wir in die sozialdemokratische Partei, die ursprünglich auch durch den Mund des Bevölkerung erklärte. Die Polizeiverwaltung Thorn hat in der Rundfrage über den Charakter der Gewerkschaften eine Zahlstelle als politisch erklärt, weil ihre Leiter sozialdemokraten sind, und dabei hatte das Landgericht Thüringen einige Monate vorher die Zahlstelle für nichtpolitisch erklärt! (Hört! hört! b. d. Soz.) Derartige Polizeiauskünfte sind geradezu einer Verleugnung der Zeugnispflicht gleichzusehen. Der jüngste polizeipräsident beweist in seiner Auskunfts, dass er noch nicht einmal weiß, dass die Generalkommision schon vor 9 Jahren von Hamburg nach Berlin verlegt wurde. Aus Danzig schickte die Polizei ein Handessklammergutachten ein, worin der größte Schuh enthalten ist, wie z. B., man habe nicht feststellen können, ob in Danzig ein eigenes Verbandsorgan existiere und dass die Mitglieder in ihren sozialdemokratischen Vereinen sogenannte Marken tragen! (Hört! hört! b. d. Soz.) Besonders interessant ist das Gutachten des Berliner Polizeipräsidenten, der ja durch seine juristischen Gutachten überhaupt berühmt ist. (Hörerkeit!) Er erklärt den Handessklammerband für politisch,

wie er gegen seine Erklärung zum politischen Verein Einspruch erhoben hat. (Hört! hört!) Sogar die Stellungnahme in reinen Verusfragen, wie z. B. zur Feuergefahr in der Zelluloidbranche wird als politische Tätsigkeit bezeichnet. Was müsste da alles politisch sein! Es gibt doch gar keine Interessenverbände, die nicht schon in ähnlicher Weise Verurteilt werden hätten. — Bei Besprechungen einer Entscheidung des Berliner Polizeipräsidienten, wovon Jugendversammlungen als dem Strafgesetz, nämlich einer Strafbestimmung des R.-V.-G. zuwidersetzen, hingestellt werden, fragt der Redner, was größer sei, Jagows juristische Kenntnis oder sein Mangels an Gewissenhaftigkeit? (Vizepräsident Paasche mahnt den Redner zur Mäßigung!) Ich überlasse das Urteil dem Hause. Der Polizeipräsident behauptet auf Grund der Angaben christlicher und alterer Organe, dass einzelne Zahlstellen Gelder an die sozialdemokratische Parteiabteilungen, und auf Grund solcher Auskünfte haben manche Gerichte verurteilt. In einer anderen Auskunft erklärt Polizeipräsident v. Jagow, der Zimmererverband sei politisch, weil Vertreter der Generalkommision an Beratungen des Parteidestandes und des Groß-Berliner sozialdemokratischen Aktionsausschusses teilnehmen. Ist das nicht gleichzustellen einer unbegründeten Aussage vor Gericht? (Vizepräsident Döbe: Wollen Sie direkt behaupten, dass der Po-

liceipräsident unter Sie die Unwahrheit gesagt hat?) Ich habe erklärt, ich betrachte ein solches Gutachten für ein Gericht ähnlich wie ein eidliches Sachverständigen-Gutachten. (Vizepräsident Döbe: Es handelt sich also nicht um eine wirkliche Rechtfertigung?) (Hört!) Wenn der Polizeipräsident dem Recht Geltung verschaffen wollte, dürfte er nicht doch unzulässige Gutachten abgeben. Er beruft sich z. B. darauf, dass 16 Gewerkschaftsführer sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete sind. Dann sind aber noch die christlichen Gewerkschaften auch politisch, denn ihrer Führer Gleißberg und Echtker sind Gewerkschaftsabgeordnete! Aus dem gemeinsamen Blattblatt der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wegen der Monatserlöse übt der Polizeipräsident den politischen Charakter der Gewerkschaften, die doch an diesen Vorgängen sehr interessiert waren. Wenn also

## Traugott v. Jagow und Fürstbischöflich Rapp

gemeinsam ein Augenblatt gegen die Gewerkschaften erschien, so würde damit der Polizeipräsident von Berlin katholisch geworden sein. (Große Heiterkeit.) Der Fried des ganzen Vorgehens ist offenbar nur, den Gewerkschaften die jugendlichen Mitglieder zu nehmen. Nun, die Gewerkschaften haben 25 Jahre lang vor dem R.-V.-G. den Kampf gegen das reaktionäre Gesetz von 1850 geführt, sie sind dabei nicht schädigter geworden, und wir werden auch diesen Kampf aufnehmen. Wir werden für alle unsere fünfzehntausend Katholiken in Deutschland gerecht sein, wenn sie diese Versammlungen offenbar politisch sind. — Uns liegt gar nichts daran, die 18-jährigen jungen Leute mit politischen Ideen volziustopfen, wir wollen ihnen ihre Jugendahre erhalten, aber die jungen Arbeiter können im wirtschaftlichen Kampf von großer Bedeutung sein so zum Beispiel die sogenannten Stollmäpple im Transportarbeiterverband. Unsere Jugendbewegung ist nur eine Abwehr gegen das Bestreben der bürgerlichen und konservativen Jugendvereine, die Arbeiterkinder ihren Eltern zu entziehen.

## An den bürgerlichen Jugendorganisationen

werden politische und sozialpolitische Vorläufe unbeanstandet gehalten, cogen unsere Jugendorganisationen greift man zu dem Gemeinsten, zur Benutzung junger Leute als Söldner. (Sturm, hört, hört b. d. Soz.) Alle Traumfalterungen der Arbeiterjugend werden für unsere Ideen mehr als unsere Mission. Die bürgerlichen Parteien sind, wenn sie diese Verfolgungen weiter dulden, (Schr. wahr! b. d. Soz.) Nicht Recht, sondern kritische Rechtsbewegung wird gegen uns angewendet. Mögen die bürgerlichen Parteien gut machen, was sie 1909 bei der Schaffung des R.-V.-G. gefunden haben! Die Weltgeschichte lehrt, dass herrschende Klassen, die aufstrebenden Klassen mit Rechtsbewegungen entgegentreten, sie hinweggezogen wurden. Auch für Deutschland wird die Zeit kommen, wo das Bürgerrecht anstelle dieser kritischen Rechtsbewegungen treten wird! (Lebhaftes Beifall b. d. Soz.)

## Abg. Marx (Reutrum):

Wenn die freien Gewerkschaften als sozialdemokatisch angesehen werden, so haben sie zum großen Teile selbst Schuld daran. Sie oft wird von diesen Kreisen energisch betont, dass freie Gewerkschaft und sozialdemokratische Partei eins sind. Auf wenigen Gebieten besteht eine so große Rechtsunsicherheit, wie bei der Auslegung des Vereinsgesetzes. Wozu beschließen wir denn hier Gesetze, wenn sich die Polizei einfach darüber hinwegsetzt, mit Billigung der höchsten Instanzen. Einem solchen Staate wie Preußen steht es doch nicht an, mit solein Mitteln die Staatsautorität zu lösen, wie z. B. mit dem Verbot des *Wundschuh* und *Der Vorträge*. Auch kirchliche Organisationen bezeichnen man als politisch. Wenn wir die unbeschrankte Beteiligung jugendlicher Personen an politischen Vereinen und Versammlungen zu lassen wollen, so befinden wir uns dabei in bester Gesellschaft, nämlich in der des jetzigen Reichskanzlers. Die Jugend in uns politisch herangebildet werden, um sie vor der sozialdemokratischen Beeinflussung zu schützen. Gewiss, die Jugend sollte eigentlich den politischen Kampf ferngehalten werden, aber die Seiten haben sich geändert und wir werden mit ihnen fortgerissen. Der Jugendlichen-Vorgriff hindert nur die bürgerlichen Parteien, dem sozialdemokratischen Gist, das der Jugendbewegung gereicht wird, mit Gegengift entgegen zu wirken. Gegen die Vereinigung der Berliner Schuhleute hätte man rücksichtsvoller vorgehen sollen. Die Reichsleitung muss an das Vereinsgesetz die bessende Hand anlegen und zwar recht bald. (Beifall)

## Dr. Lewald, Kommissar im Reichsamt des Innern:

Wie bei fast allen Reichsgesetzen liegt die Handhabung des Vereinsgesetzes in der Kompetenz der einzelnen Regierungen. Die Ausführungsbestimmungen stehen färmlich auf dem Boden des Gesetzes und der hier abgegebenen Erklärungen. Sie

## Breslauer Orchester-Verein.

## 9. Abonnements-Konzert (Generalprobe.)

Die Sensation des Abends bildete nicht die Nobilität von B. v. Bauhnern, sondern das Auftreten des aus den Konzerten des Wiener Streichquartets bekannten Geigers Adolf Busch. Dieser blühende Künstler spielte das ungemein widerhaarige Violinkonzert von Brahms technisch in den höchsten Vollendung, mit verhältnismäßig kleinem, aber schönem, innerlich belebtem Ton. Dieses seelisch warme Empfinden, das durch rassiges Temperament noch besonders unterstrichen wird, und die zweifellose Sicherheit, mit der Busch diese spröde Materie bearbeitet, sind Eigenarten, die den Künstler sehr bald in die Reihe der jugendlichen Geiger stellen werden. Die meisterliche Wiedergabe des Konzerts brachte Herrn Busch stürmische ovationen, die der Künstler begeistert entgegennahm. Was nun folgte, wurde mit gespannten Gefühlen aufgenommen. Eine Suite bestehend "Leben", soll zweifellos Programmstück darstellen, d. h. eine Musik, die vom Komponisten nach einem von ihm vorher gestellten Programm entworfen ist. Da aber der Hörer diese Disposition nicht kennt, so versucht er natürlich seine eigenen Gedanken der Musik anzupassen. Das ist aber gar nicht leicht, denn der Tonsetzer wirkt den Hörer nicht mit aus einer Stimmung, sondern auch aus einer Taktart in die andere. Das enorme Können dieses modernen aller modernen Komponisten importiert gewaltig, aber einen Genius hat man nur bedingt. Der mondhafte Orchesterleiter, der alles bisher Gehörte übertrifft, strengt die Ohren der Zuhörer herum, an, daß die dritten Stellen ordentlich auf ihrem Rechte gelangen können. Und das ist höchst bedauerlich, denn sie sind großenteils von herausforderndem Zauber und weisen auch eine heutzutage ungewöhnliche melodische Erfindungsgabe auf, wie z. B. das Klindwulst im dritten Satz. Ferner wird die grenzenlose Größe der Sinfonie, das Ausgebot eines großen Orchesterapparates (zwei Harfen, großes Blechzeug usw.) dem Werke in seiner Verbreitung stets hinderlich sein. Die Sinfonie, deren Schluss in einen Chor auslöst (Text "Gommed" von Goethe), stellt an die Aufführung abnorme Ansprüche und gibt auch dem Dirigenten harte Nüsse auf. Prof. Dr. Dohrn lädt diese Aufgabe in einer bewunderungswürdigen Weise. Das Publikum war mehrfach bestimmt, als begeistert, aber dennoch den anwesenden Kombinationen (geb. 1866) auf das Podium. Eine herzergreifende Einleitung bildete Mozart's Ouvertüre zu "Figaro's Hochzeit".

## Aus aller Welt.

## Die Frau Großherzogin.

Über die Großherzogin-Mutter Anastasia von Mecklenburg-Schwerin, Schwiegermutter des Kronprinzen, erzählt man allerlei pittoreske Sächseln, die sich schlecht mit der Würde einer ehr- und tugendhaften Schwiegermutter vertragen. Einem Berliner Blatte wird über die Frau Großherzogin aus Monte Carlo berichtet: Die Großherzogin Anastasia sieht augenblicklich wieder täglich an der Roulette, wo sie große Summen sieht. Dieser Tage bildete sich um den Tisch an dem sie spielte, ein großer Kreis von Zuschauern. Eine Dame der Berliner Hochsociety lagt in französischer Sprache und zwar so laut, dass alle Umstehenden es hören: "Und das ist nun die Schwiegermutter unseres zukünftigen Kaisers". Allen Augen richteten sich auf Anastasia. Sie sah auf, siegte fünf Liniendorf auf Numero neuf-rouge-im-paire — schrie und gewann.

Solche Kleinigkeiten können ihrem guten Ruf natürlich nicht schaden. In den patriotischen Schulleibchern wird Anastasia — wenn sie erwähnt wird — immer als ein Muster edler Frauenjungen dargestellt werden. Sintenalen Fürstinnen nur edel und tugendhaft sein können.

Unfall zweier Zentrumabgeordneter. Am Mittwoch vormittag wurden die beiden Vertreter der Zentrumspartei im Reichstag, Benedikt Hebel, Vertreter des Kreises Schwaben 1, und der Gesetzliche Rat, Dekan und Stadtphysar Johann Büß, Vertreter des Kreises Schwaben 2, an der Kreuzung der Blücher- und Mittenwalderstraße von einer Automobilbroschüre umgefahren. Beide wurden schwer verletzt nach dem Hedwigskrankenhaus geschafft, wo sie zurzeit bewußtlos darunterliegen. Die "B.Z. am Mittag" meldet zu dem Unfall: Die beiden Reichstagsabgeordneten Büß und Hebel wollten sich gegen 9 Uhr in den Reichstag begeben. An der Ecke der Mittenwalder- und Blücherstraße begegneten sich zwei Automobilbroschüren, von denen die eine, um einen Zusammenstoß mit der anderen zu vermeiden, scharf nach links wendete, gerade als die beiden Herren die Straße überqueren wollten. Einer der Herren wurde auf die Seite geschleudert, der andere geriet unter den Wagen. Beide erlitten sehr erhebliche äußere Verletzungen. Einer außerdem eine schwere Gehirnerschütterung. Bis mittags waren beide noch bewußtlos.

Der Massenmörder Wagner erschien. Der Verlust der Strafkammer, Wagner in eine Irrenanstalt zu bringen, steht für die psychiatrischen Gutachten der Professoren Gaupp-Zürich und Wallenbergs Strassburg. Beide Gutachter stimmen

in dem Ergebnis überein, dass der Angeklagte zur Zeit der Begehung seiner Straftaten zweifellos an chronischem Verfolgungssyndrom erkrankt war. Dieser Auffassung trat das Gericht bei und erlangte die Überzeugung, dass der Angeklagte die Straftaten unter dem Zwange einer die freie Willensbestimmung ausschließenden krankhaften Störung der Geistesfähigkeit beging, also strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden kann. Die abschließende Hauptverhandlung könnte nach Meinung der Strafkammer unmöglich zu einem anderen Ergebnis führen, deshalb soll von einem Hauptverfahren abgesehen werden. Der Angeklagte wurde dem Antrage der Staatsanwaltschaft gemäß auf Verfolgung freigesetzt. Da der Angeklagte als gemeingefährlich angesehen ist, wurde seine dauernde Verwahrung in einer Fortranstalt veranlasst.

Zu Beginn der Schwurgerichtsitzung hat sich der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Schönbach über die Person des Wagner ausgesprochen, den er in seiner Eigenschaft als Gefangener vorstand und in den letzten Wochen wiederholt geprahlt hat. Er sagt, dass der verlöbliche Eindruck, den man von ihm gewinnt, ein geradezu überwältigender ist. Man erwartet einen Mann von 35 Jahren zu finden, einen schweren Verbrecher, und findet einen grauenbeigemusterten Mann, der von höflichem, lächelndem, manchmal kindlichem Wesen ist, und der nur in einen gewissen Affekt gerät, wenn man auf Mühlhausen zu sprechen kommt und nur lebhaft wird, wenn er feierlich blüht, es möchte doch bald verhandelt und er gelöst werden. Das hat er stets mit lächelnder Miene vorbringen können, als ob es etwas Alltägliches und Selbstverständliches sei.

Todesfall eines Militärliegers. Am Mittwoch vormittag ist ein Unteroffizier des Fliegerbataillons aus Oberschleißheim an 200 Meter Höhe auf den Kalernhof des Eisenbahnbataillons abgestürzt. Er war sofort tot. Das Flugzeug wurde zerstört.

Millionenflut für tropische Kinder. Der Stadt Charlottenburg ist eine bemerkenswerte Stiftung zugeschlagen. Ein Charlottenburger Bürger, der nicht genannt sein will, hat der Stadtgemeinde eine Million Mark als "Gmil und Marie-Stiftung für arme und trophäologische Kinder" der Stadt Charlottenburg geschenkt. Die überreichten Kinder und den Betrag bereits bei der Stadt Charlottenburg eingezahlt.

Die Senatskasse in französischen Garnisonen. Die Senatskasse macht in den französischen Garnisonen bezugsvertragende Vorschriften. Im 44. Artillerie-Regiment in Les Moulins haben sich erneut drei Todesfälle ereignet, und alle drei Todesfälle haben nicht verhindern können, dass die Soldaten auf das 100. Infanterie-Regiment übergetragen werden.

hab von dem Wunsche und dem Willen gefragt, das Gesetz in einem überlieferten, von Schikanen freien Sinne durchzuführen. (Lachen links und im Zentrum.) Der preußische Minister des Innern hat noch im letzten Jahre die Behörden mit aller Entscheidlichkeit darauf hingewiesen, sich an den Sinn des Gesetzes zu halten. Die Beschwerden richten sich auch weniger gegen die Erschütterungen der Behörden, sondern vielmehr gegen die Auslegung der Gerichte. Die Behörden müssen sich nach den Entwicklungen der Gerichte richten. Natürlich gehen die gerichtlichen Urteile voneinander aus. Wir haben ein großes Material gesammelt und einen Überblick über die Auffassung gewonnen. Das Gesetz wird allmählich einheitlich angewendet werden. (Edensalz.) Edensalz aber besteht keine Meinung zu einer Kritik. (Hört, hört und Unruhe im Zentrum und bei den Soz.) Entschieden vertrahre ich mich dagegen, daß einem Oberverwaltungsgericht ein Rechtsbruch vorgeführt werde.

#### Die Gerichte begehen keine Rechtsbrüche.

(Beifall rechts.) Unsere Stellung zu dem Sprachen-Politogramm hat sich nicht verändert. Nicht um uns zu schaffen, um die Erleichterung eingekommen, in Flensburg vorweglich zu sprechen, sondern die Konzertaktion, und der Regierungspräsident sagte sich, daß Flensburg eine durch und durch deutsche Stadt sei, wo kaum ein Mensch lebt, der nicht deutsch spricht. Er konnte sich sagen, daß etwas dahinter steht, daß eine Heimschule abgehalten werden könnte, daß eine politische Agitation damit verbunden werden soll. (Lachen links.) Gegen Almunden, den ich als großen Froscher sehr verehre, hat sich das Verbot nicht gerichtet. Almunden hat das auch gar nicht so ausgefaßt und sich gar nicht darüber beschwert. Eine Definition ist den Begriff politischer Verein ist bei den Beratungen des Gesetzes nicht ausstehend gekommen. Wir müssen die Frage der Ressortübergabe überlassen. Edensalz kann das Kremenschild eines Vereins nicht entscheidend sein, sondern nur das, was in dem Verein wirklich vorgeht. Auch ein landwirtschaftlicher Verein kann sich politisch betätigen.

#### Die Arbeiterturnvereine sind zweifellos politische Vereine.

(Sehr richtig! rechts, Widerspruch bei den Soz.) Es ist schwer zu sagen, wie weit die sogenannten freien Gewerkschaften politische Vereine sind, aber in der Bevölkerung wird zwischen diesen Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Parteien Unterschied gemacht. Herr Vogler hat selbst darauf hingewiesen, daß man die Jugend nicht in den politischen Kampf hinzuziehen soll. Diese Leute erzeugen haben auch wieder. (Geltzeit.) Der Erfolg des Polizeipräsidenten v. Jagow gegen die Versammlung Berliner Schuhmänner war berechtigt. Der Polizeipräsident von Groß-Berlin hat zur selben Zeit einen gleichen Erfolg veröffentlicht. Es gibt wohl keinen Stand, in dem so viele Vereine bestehen, wie im Beamtentand. Über die Schuhmannschaft ist eine besondere Organisation. Der Polizeipräsident hat die Verantwortung dafür, daß sie immer bereit sein mögen zur Erfüllung ihrer höheren Arbeit. Daher muß er Vorsorge treffen. Wenn Herr Mart Polizeipräsident wäre, dann würde er ebenso gehandelt haben. (Beifall rechts, Lachen im Zentrum und links.)

Aba. Dr. von Weit (Koni): Wir sind nicht geeignet, auch nur in einem Punkte der Anstrengung über Abänderung des Vereinsgesetzes zuzustimmen. Ohne den Sprachenparagraphen können wir den mit aufgezwungenen Kampf gegen das Großbürgertum nicht mit Erfolg führen. Die bürgerliche Jugendbewegung treibt seine Politik; ihr gehören alle bürgerlichen Parteien an. Die sozialdemokratische Jugendbewegung aber ist politisch. Wir lehnen sämtliche Anträge ab.

Aba. Martin-Heis (Ap.): Wir halten an der Zuständigkeit der Gerichte, wie sie bisher geregelt war, fest, ebenso an den Sprachenparagraphen. Auch wir lehnen alle Anträge ab.

Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung.  
Schluß 6½ Uhr.

## Braunschweigisches Abgeordnetenhaus.

Im preußischen Dreiklassenparlament wurde am Mittwoch die Beratung des Justizats eingeleitet durch eine längere Aussprache über die Gefängnisarbeit.

Es lag dazu ein Antrag der fortschrittlichen Volkspartei vor. Dieser Antrag erachtet die Regierung um die Vorlegung einer Denkschrift, in der über Umfang und Art der Beschäftigung der Gefangenen, sowie über die gezahlten Löhne und über die Tätigkeit in den einzelnen Provinzen eingehenden Beräte Abschluß gegeben werden soll. Von verschiedenen Seiten wurden in der Debatte lebhafte Klagen über die Konkurrenz vorgebracht, die der freien Arbeit und besonders auch dem Handwerk durch die Gefängnisarbeit gemacht wird. Den Standpunkt der Sozialdemokratie vertrat Genosse Liebknecht. In seiner Rede trat Liebknecht für eine gründliche Reform der Ge-

nebneratssatzung auf einen Kolonialen Dragoner. In Kolmar im Elsaß wurde auf einen Soldaten ein Revolverattentat verübt, das noch nicht aufgedeckt werden konnte. Es wird nun telegraphiert: In Kolmar ist ein Restut des Dragonerregiments Nr. 14 von einem unbekannten Soldaten in die Hand geschossen worden. Der Verletzte wurde von einem Offizier in ärztliche Behandlung gebracht. Das Gericht ist noch nicht entfernt worden. Nächste Auflösung des Vorfalls bleibt abzuwarten.

Ein früherer Straßburger Universitätsprofessor zu Geängnis verurteilt. Die Strafammer in Straßburg verurteilte Dienstag nach dreitägiger Verhandlung den früheren Direktor der Straßburger Universitäts-Augenklinik Professor Dr. Schirmer, gebürtig aus Greifswald, jetzt in New York wohnhaft, wegen Vergewaltigung gegen § 174 Biffer 3 des Reichsstrafgesetzbuches zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bei Annahme mildnernder Umstände. Außerdem wurde dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend die sofortige Verhaftung wegen Fluchtverdachts verfügt. In einem weiteren Falle wurde das Verfahren abgetrennt und auf unbestimmte Zeit verlegt.

Die Verhandlung gegen den Grafen Mielghaus wird am 23. Februar in Weimar stattfinden. Die Anklage lautet, wie schon mitgeteilt, auf doppelten Totschlag.

Eisenbahnmord in Bagdad. Der Mittwoch früh von Budapest abgegangene Wiener Personenzug ist bei der Station Dorof-Balint mit einem Zug der dortigen Kleinbahnen zusammengestoßen. Der Unfall war so heftig, daß beide Lokomotiven und mehrere Personenwagen vollständig zertrümmerirt wurden. Einer der Lokomotivführer und zwei andere Bahnbeamte sowie acht Passagiere wurden zum Teil tödlich verletzt. Die Ursache des Zusammenstoßes ist darum zu suchen, daß der Lokomotivführer des Personenzuges infolge des dichten Nebels das Haltesignal bei der Einsicht in den Bahnhof nicht bemerkt hatte.

Kaufhaus an einem Kassenboten. In Biebrich a. Rh. in bei der Schuhfabrik der chemischen Fabrik Kalle u. Co. in Biebrich angestellte Kassenbote bestecht aus Biebrich einem Raubmord zum Opfer gefallen. Bestecht wurde von drei inhaftierten Männern, die davon Kenntnis erhalten hatten, daß es eine größere Goldsumme für die Lohnauszahlung holten müsse, auf dem Rückweg von der Bank überfallen und getötet. Die Kasse entriß ihm die Geldtasche, doch fanden sie kein Geld mehr darin, da bestechet den abgeholzten Betrag vor der Bank dem Kassierer bereits übergeben hatte.

Verhaftung eines Brandstifters. In einem Chemiehotel wurde, wie es heißt, auf Veranlassung der Dresdener Stadtverwaltung ein bekannter katholischer Grundstoffsmailler und Papierhändler namens Christian Friedrich Lorenz inhaft genommen. Lorenz war früher Sohn des bekannten

fängnisarrest in dem Sinne ein, daß sie in immer höherem Grade einen sozialausbringenden Charakter annehme. Auch die Gefängnisarbeit müsse sich die Fortschritte der modernen Technik zunutze machen. Den Gefangenen müsse für ihre Arbeit überdies ein beträchtlich höherer Lohn gewährt werden als bisher.

Der Justizminister erklärte, er werde sich mit dem Minister des Innern, dessen Verwaltung ein großer Teil der preußischen Gesellschaft unterstellt ist, wegen Abschaffung der gewünschten Denkschrift in Verbindung setzen. Die vor Jahr und Tag eingesetzten Beiräte für die Gefängnisarbeit hätten eine rege Tätigkeit entfaltet und sich gut bewährt.

Der fortschrittliche Antrag wurde schließlich angenommen.

Dann begann die Generaldebatte über den Justizrat.

Der Zentrumabgeordnete Aschert, selbst ein hoher Justizbeamter, ging dabei ausführlich auf den Justizrat ein

und griff das zweite Urteil gegen Kultus in sehr schärfer Weise an.

## Gewerkschaftliches.

Stadt und Provinz.

### Der Streit bei den Linke-Hofmann-Werken.

In der am Mittwoch im Gewerkschaftshause tagenden, von mehr als 1200 Personen besuchten Mitglieder-Versammlung des Metallarbeiterverbandes erstellte der Bevollmächtigte Philipp einen ausführlichen Bericht über den ausgebrochenen Streit bei den Linke-Hofmann-Werken.

Er behauptete, man könne der Direktion dank wissen, denn sie habe endlich die Arbeit aus dem Schloß ausgeweckt. Der neue junge Direktor, der starke Mann, habe alles getan, was die Arbeiter erfordern möglie. Sein Streben geht dahin, reine Tisch zu machen und ordentlich erzieherisch zu wirken. Nach Ansicht des neuen Direktor Tschberg verdienten die Arbeiter viel zu viel. Es ist wohl richtig, daß einzelne Kategorien in Alsfeld 80 bis 90 Prozent über den Stundenlohn verdient haben. Aber wie hoch sind denn die Löhne? Es gibt hier ältere Arbeiter mit 31 oder 35 Pfennigen Lohn, die Höchstlöhne betragen 43 bis 45 Pfennige. Bei diesen niedrigen Löhnen ergibt sich immer noch kein guter Verdienst. Man befürchtet, die Arbeiter seien zu faul zum arbeiten.

Als man eine Anzahl Arbeiter im ersten Verein hatte, da glaubte man, mit den Abhängen beginnen zu können. Zuerst begann man bei den Stimmen zu trennen. Sie ersuchten die Direktion um eine Rücksicht; es wurde ihnen mitgeteilt, daß man sie nach einer Woche rausen werde. Sie fesseln oder holen noch gerufen werden. Man sagte, ach, wenn die Stemmer auch nicht arbeiten, wir bekommen neue, so viel wir brauchen. Die Direktion hat auch solche bekommen, sie waren aber alles andere, nur nicht Stemmer. Dann ging man mit den Stemmer an, denen man erhebliche Abzüge macht. Es ist Tatsache, daß Stemmer mit 3 Mark am Wochenschluß nach Hause gehen mussten. Man bestätigte ihnen, weil sie darüber höchst unzufrieden waren, 10 Mark Worschuh, erklärte ihnen aber, daß der Worschuh in Abzug gebracht werde. Sie baten die Direktion, die Stundenlöhne zu garantieren. Davon wollte man aber nichts wissen. So legten auch die Arbeiter die Arbeit nieder. Ihnen folgten die Formierer.

Es sei falsch, wenn behauptet wird, daß die Arbeiter bei den Linke-Hofmann-Werken in Lohnbewegungen eingetreten sind und fordern gelöst hätten. Sie befinden sich vielleicht in einem hartem Abwehrkampf, der ihnen aufgedrungen ist und den die Direktion glaubt wagen zu dürfen, weil die Arbeiter sowieso schon wirtschaftlich geschwächt sind. Die Ortsverwaltung hat beschlossen, den aufgebrachten Kampf aufzunehmen und bis zur letzten Konsequenz durchzuführen. (Sturmfeuer Befrei.) Die Streitbrecher der Stachaner- oder Hünxe-Garde, die man wird ausmäischen lassen, werden uns nicht schaden können. Der Sieg wird unser sein, wenn die Streitenden bis zum letzten Mann treu zur Fahne halten und die Anordnungen der Ortsverwaltung befolgen werden. Wir geben ihnen schrot und karton Kämpf entgegen. Schon heute stehen 104 Männer außer Betrieb. Morgen kommen 200 Schmiede hinzu. Ende dieser Woche werde gewiß die Zahl der Streitenden auf 1800 geschlagen sein, und in Lichte der nächsten Woche könnte sich die Zahl verdoppeln. Philipp schloß seinen Bericht mit der Aussicht, sich durch nichts hindrehen zu lassen und den Behörden kein Material zu schaffen für ein etwaiges neues Zuchthausgesetz. Stehen die Streitenden ihren Mann, dann werden wir die Sieger in diesem Kampfe leben.

Den Ausführungen folgte langer, anhaltender Beifall. Die Debatte war eine sehr rege. Kollege Hantke führte aus, daß die Schuhkrise des Unternehmers, die Gelben, in der Hoffnung lebten, man würde ihnen keine Abzüge machen. Sie haben sich bitter geträumt. Die Preisabschaltung wird auch bei ihnen vor-

Wintergarten-Varieté in Chemnitz. Jetzt besaßt er sich mit umfangreichen Grundstücksgeschäften. In Zusammenhang mit dieser Verhaftung stehen auch die Verhaftungen mehrerer früherer Angestellten des Lorenz in Dresden. Die Verhaftungen sollen wegen Urkundenfälschung, Betrugs und Verleistung zum Meineid erfolgt sein.

Die Zivilillagen Zaberner Einwohner gegen den Militärsatz. Die "Braunschweigische Landeszeitung" meldet aus Straßburg: In den Zivilillagen der Zaberner Einwohner gegen den Militärsatz (Obersten Reiter) auf Schadenerhalt ist den meisten Klägern von der Zaberner Gemeindebehörde das Armentrecht zugestanden worden. — Der frühere Beschluß der Zaberner Stadtverwaltung, die Kosten der Zivilillagen auf die Stadtkasse zu übernehmen, war bekanntlich von der Aussichtsbehörde beanstandet worden.

Verhaftung eines amerikanischen Millionärs. Große Aufsehen erregte die Verhaftung des Millionärs Octavio Guinle, die auf Antrag der Schauspielerin Monica Borden erfolgte. Diese hatte ihn auf 50 000 Dollars Entschädigung für ein gebrochenes Versprechen verklagt. Guinle wurde wegen Fluchtverdachts verhaftet, jedoch gegen eine Kautions von 50 000 Dollars wieder freigelassen. Er ist Inhaber einer großen brasilianischen Firma.

Ein Automobil vom Personenzug überschritten. Einer amtlichen Meldung zufolge fuhr auf dem Straßenübergang am Bahnhof Radeberg ein von Dresden kommender Kraftwagen und durch die geschlossene Schranken in den einfahrenden Personenzug 707. Der Kraftwagen wurde vollständig zertrümmerirt. Ein Insasse, der Mechaniker Horwitz aus Dresden, erhielt einen Schädelbruch und schwere Knochenbrüche und wurde bewußtlos ins Radeberger Krankenhaus übergeführt, wo er bald darauf verstarb.

Doppelschiffmord. Auf der "Alten Liebe" bei Kuphoven standen gestern nachmittag Füchse einen etwa 20-jährigen jungen Mann und ein gleichaltriges junges Mädchen tot auf einer Bank sitzend auf. Die Nachforschungen ergaben, daß der junge Mann ein Leichting Schlesier aus Hamburg ist, der die Verläufende Zimmermann entführt hatte und mit ihr längere Zeit umhergeht war. Die beiden hatten an den Vater des Bürgermeisters einen Brief gerichtet, in dem sie ihm mitteilten, daß sie wegen des Gangs auf Geld aus dem Leben scheiden wollen.

Die partizipative Bude. Jugend muss austoben! scheint das Gründz des dem sonst so sitzenreinen Zentrum angehörenden Stadtrats Brüderl aus München zu sein. Besitzer Herr Richter an einen budesuchenden Studenten den folgenden Brief: Ein Wohlgebrüder! Ich offeriere Ihnen ein schön möbliertes Zimmer mit eigenem Eingang bei gebildeter Familie, dem Haussitzer selbst, zum Preise von 13 Mark monatlich. Solch einem ungestört. Sie können im Zimmer und deßwegen über Freiheit bei Tag und

genommen, und so blüfften sie sich wohl überlegen, ob sie noch weiter die Schuhkrise der Unternehmer bleiben werden. Hantke führte auch an, daß man, obgleich man so tut, als wenn man sich aus dem Stiel nichts macht, doch schon bestrebt ist Streitarbeit anderen Fabriken zu übergeben. Doch wird die Kreislinie damit kein Glück haben, die Arbeiter werden Streitarbeit nicht verrichten.

**Die Streitigkeiten in der Schuhfabrik von Dorndorf in Breslau sind beigelegt.**  
**Zentralverband der Schuhmacher, Bahnhof Breslau**  
**Deutsches Reich und Ausland.**

Never die Genehmigung von Tarifverträgen im Baugewerbe wird uns geschrieben: Am 30. Januar wurden von den am Vertragsverhältnis im Baugewerbe beteiligten Organisationen wiederum 28 Verträge unterschrieben und zwar für folgende Drie: Altenburg, Wismar, Borsdorf, Görlitz, Elsterwerda, Friedland, Königsberg, Neuhaldensleben, Pölitz, Pinneberg, Rogasen, Samter, Schmölln, Schrimm, Schröda, Schwerin-W. Stralsund, Strelitz, Wittenberg, Wörlitz und Zehdenick.

Daran beteiligt sind: der Bauarbeiterverband allein einmal, in Gemeinschaft mit dem Verband der Zimmerer 18 mal und mit der christlichen Organisation 5 mal. Der Verband der Zimmerer ist ebenfalls einmal allein und die christliche Organisation 5 mal allein beteiligt. Alle drei Organisationen sind gemeinschaftlich an drei Verträgen beteiligt. Unter einem Vorbehalt, der einige Abänderungen betrifft, wurden weiter noch unterschrieben die Verträge in Hohenwetzla, Kosel, Oebendorf und Pakisch, an denen der Bauarbeiterverband in drei Fällen beteiligt ist.

Die Verträge für Meerane, Stadtoldenburg und Walsrode wurden vom Arbeitgeberbund beanstandet, der für Meerane auch in einem Punkt vom Bauarbeiterverband; der Vertrag für Aschersleben wurde vom Verband der Zimmerer beanstandet.

Die Verhandlungen im österreichischen Buchdrucker gewerbe. In den Verhandlungen über die Verlegung des Kampfes im Buchdruckergewerbe wurde vereinbart, daß öffentliche Mittelstunden über die Verhandlungen erst nach ihrem Abschluß zu erhalten haben. Eine authentische Bekanntmachung über den tatsächlichen Inhalt des neuen Tarifübereinkommens wird zufolge der von beiden Parteien getroffenen Vereinbarung erst dann erfolgen, bis der neue Tarif auch in allen seinen Einzelheiten durchverabredet ist.

**Streit in einer Schweizer Schuhfabrik.** Die Arbeiter der großen Schuhfabrik von Aubert, Grenier & Co. in Cossonay (Kanton Voral) sind wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten. Die Werkstätten sind vollständig verlassen. Politik ist eingetroffen. Der Präsi mahnte die Streitenden zur Ruhe.

**Schweiz.** Die Uhrenindustrie svart aus. In Genf werden Ende dieser Woche 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Uhrenindustrie infolge eines Lissvertragsbeschlusses des Unternehmerverbandes arbeitslos, und zwar weil 4 Decoupagearbeiter, die mit ihrem schlechten Verdienst unzufrieden waren und daher Stücklohn verlangten, die Arbeit niederradelte.

**Frankreich.** In Jouy-en-Josas sind mehrere Tausend Schuharbeiter ausständig, weil einige Kollegen gemahrgestellt worden waren. 17 von den 20 Fabriken haben die bei der Gelegenheit von den Arbeitern aufgestellten Forderungen bewilligt, doch ist vereinbart worden, daß für die übrigen eine Mindestproduktion vorgezeichnet werden soll an Grund der Leistungen einiger von beiden Seiten ausgewählten Arbeiter.

**England.** Die Londoner Bauarbeiter hatten auf Grund des Versicherungsgesetzes Arbeitslosenunterstützung verlangt, da ihre Arbeitslosigkeit nicht durch ihr eigenes Verschulden verhüllt werden sollte. Die Versicherungsbehörden aber haben diese Ansprüche abgelehnt. Sollten die Forderungen der Elektriker abgelehnt werden, so mit einer weiteren Ausdehnung des Kampfes, dem sich inzwischen auch die Möbel-

pioniere anschlossen, zu rechnen.

**Der Lehrerstreik** in der englischen Grafschaft Hereford wird mit allen gewerkschaftlichen Mitteln geführt. Alle bestreiten Schulen werden von den Streikposten im Automebil besucht und Arbeitswillige nach Möglichkeit mitgenommen. Als Arbeitswillige bringen an vielen Orten die Geistlichen ein. Die Kinder, besonders die Mädchen, sind meist auf Seiten der Streitenden und weigern sich, den Streitbrechern zuzuhören, so daß die Schulen trotz der vorhandenen Arbeitswilligen wieder geschlossen werden müssen.

**Macht und was Ihnen beliebt.** Von morgens 6 bis abends 9 sind sie fast ausschließlich allein in unserer Wohnung des ersten Stocks, da wir uns während dieser Zeit partire beim Schluß aufzuhalten. Meistens, außer am Sonntag, studierende Mediziner, der zwei Jahre bei uns wohnt, ließ sich von mir des Nachts, wenn er angehetzt nach Hause kam, häufig ausziehen oder des Morgens, wenn ich zur Überbringung seines Koffers und seiner Schuhe ins Zimmer kam, im Liebermut die Strümpfe anzustecken.

Ein reizendes Familienidyll! Wenn das Geld in den Kasten springt, schwimmen selbst bei einem Zentrumstadtrat alle moralstaunenden Gedanken.

**Jahrlinge Schulverhältnisse müssen nach einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Jübenbüren (Kreis Beckenburg) in Mellingen herrschen.** Ein Älterer war in Polizeihaft genommen worden, weil er seinen 13-jährigen Sohn nicht zur Schule geschickt hat. Als Grund hatte er angegeben, daß für den 1,75 Meter großen Jungen die Bänke zu niedrig seien, so daß er nicht sitzen könne, ohne sich die Knie wund zu reißen. Beifalllos geblieben. Vor dem Schöffengericht erklärte der Lehrer die Angaben des Älterers für richtig und dieser wurde freigesprochen. Er erklärte nur weiter, daß er seinen Sohn auch nach der Beschaffung größerer Bänke nicht zur Schule schicken werde, weil diese so voll von Unreinen sei, daß das im Brot verwahrte Butterbrot seines Sohnes durch dieses Ungeziefer ungenießbar gemacht werde. — Kulturaufgaben leiden bei uns befürchtlich nicht.

**Der alte Mann will rausgehen!** Ein scherhaftes Vorfall welcher den Vorzug hat, wahr zu sein, ereignete sich kürzlich bei der Revision einer untersten Mädchenschule in Königslutter. Die von der Lehrerin gestellte Aufgabe: 6 - 5 ? erschien der kleinen Schülern noch ziemlich schwer und um den ängstlichen Gemütern zu Hilfe zu kommen erhob der Rektor den Zeigefinger der rechten Hand. Da ließ sich ein feines Stimmlchen in echt ostpreußischer Mundart vernehmen: "Fräulein, das alte Manne will rausgehen!"

## Literatur.

**Berichtigung.** In unserer Berichtigung des neu erschienenen Buches "Erinnerungen eines Proletariers" von Josef Be